



medico international

Asien mit der unter den Völkern der Erde
einmal durchgängig überhand genommenen (engeren
oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist,
daß die Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen
gefühl wird; so ist die Idee eines
Weltbürgerrechts eine phantastische und
überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine
notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Codex,
sowohl des Staats- als Völkerrechts
zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt,
und so zum ewigen Frieden, zu dem man
sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden,
in der kontinuierlichen Annäherung

Herausgeber:
 medico international
 Burgstraße 106
 D-60389 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 944 38-0
 Fax (069) 436002
 E-Mail: info@medico.de
 Internet: www.medico.de

Redaktion:
 Katja Maurer (verantwortl.),
 Thomas Gebauer,
 Martin Glasenapp

Lektorat:
 Reinhard Arendt

Gestaltung:
 Andrea Schuldt

Spendenkonto: 1800
 Frankfurter Sparkasse
 BLZ 500 502 01

Deutsches
 Zentralinstitut
 für soziale
 Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
 Geprüft • Empfohlen

ISSN 0949-0876

- 3 Editorial**
- 4 Kommentar**
Diktatur der Parolen
- 7 Abbas Beydoun**
Ein halbsbrecherisches Gleichgewicht
- 8 Libanon**
Nach dem Feuer
- 14 Interview mit Rolf Verleger**
Mir geht es um die Werte des Judentums
- 18 Bangladesh**
Die Pillendreher von Dhaka
- 22 Sudip Chaudhuri**
Auf Kosten der Patienten
- 24 Slavoj Zizek**
Niemand muss mehr gemein sein
- 27 medico aktiv**
- 28** Gegen eine unerbittliche Polarisierung
- 30 medico Materialien**
- 30 Hinweise**



Liebe Leserinnen und Leser,

als wir dieses Heft produzierten, standen wir unter dem Eindruck des Libanon-Krieges. Bereits während der israelischen Luftangriffe waren unsere Kollegen Martin Glasenapp und Sabine Eckart in den Libanon gefahren, um mit unseren libanesischen und palästinensisch-libanesischen Partnern darüber zu beraten, wie sie die Kriegsflüchtlinge unterstützen könnten. In dieser dramatischen Situation spielten sich bemerkenswerte Szenen der Mitmenschlichkeit ab. Die palästinensischen Flüchtlingslager, die seit 1948 wie ein eigener unzugänglicher Planet im Libanon existieren, nahmen libanesische Flüchtlinge auf. Mobile palästinensische Ärzteteams machten sich auf den Weg, den Fliehenden medizinische Unterstützung zu leisten. Dafür riefen wir zu Spenden auf und konnten so den Kollegen zur Seite stehen.

Jedoch gibt es für einen politischen Konflikt keine humanitären Lösungen. Unser bescheidener Beitrag hierzu ist der Versuch, gegen die vermeintlich unabänderliche Polarisierung, das allgegenwärtige Herbeireden eines „Kulturkampfes“ aufzutreten. Der in diesem Heft dokumentierte jüdisch-muslimische Aufruf, den wir unterstützten und dem wir Öffentlichkeit verschafften, ist ein Beispiel dafür. Auch im Gespräch mit Rolf Verleger und im Text von Abbas Beydoun wird offenkundig, dass es heute keinen besseren Platz gibt als den zwischen den Stühlen. Der Text des libanesischen Feuilletonisten traf leider so kurz vor Redaktionsschluss ein, dass wir ihn nur in Auszügen veröffentlichen können. Auf unserer Internetseite und auf Wunsch auch in gedruckter Form können Sie den gesamten Aufsatz nachlesen.

Den Auszug aus Kants „Zum ewigen Frieden“ auf der Vorder- und Rückseite des Heftes haben wir in einer Zeit gewählt, die von diesem Zustand weit entfernt ist. Kants Vorstellung von der „continuirlichen Annäherung“ an diesen bestand in

der Idee einer allgemeinen Hospitalität, einer allgemeinen Gastfreundschaft, und zwar als ein Gegenstand von Recht. So sind in dieser Frage der Nahe Osten und seine Konflikte eher ein Abbild der weltweit praktizierten Verweigerung von Hospitalität. Die Feindbilder sind immanenter Bestandteil einer solchen Nicht-Hospitalität. Frei miteinander in Kontakt zu treten, das war für Kant die Voraussetzung dafür, den Weltfrieden vom Individuum aus zu denken. Nicht eine Weltregierung, sondern eine Weltöffentlichkeit, die handelt und verändert, war seine zentrale Idee, wie denn die Annäherung zum „ewigen Frieden“ aussehen könnte. Dieser Idee ist die Arbeit von medico und unserer Partner verpflichtet.

Mit Medikamenten fing alles an. Die Geschichte von Frankfurter Medizin-Studenten, die Arzneimittel sammelten und nach Afrika brachten, gehört zum Gründungsmythos von medico international. Nach einer kritischen und auch selbstkritischen Beschäftigung mit der Rolle einer solchen Hilfe kehren wir nun zu diesen Wurzeln zurück. Verbunden in einem globalen Netzwerk von Gesundheitsorganisationen und Verbraucherschutzverbänden bemühen wir uns seit geraumer Zeit um eine internationale Vereinbarung, die die Interessen der Ärmsten und Entrechteten bei Zugang, Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln berücksichtigt. Auf den Mittelseiten dieses Rundschreibens haben wir unsere Gedanken in einem „Plädoyer für eine radikale Wende in der globalen Arzneimittelpolitik“ zusammengefasst. Dem werden wir Aktionen, Lobby-Arbeit und Projekte folgen lassen. Dafür brauchen wir in jeder Hinsicht Ihre Unterstützung. Informationen dazu finden Sie im zweiten Teil dieses Heftes.

Herzlichst Ihre
Katja Maurer



Diktatur der Parolen

Was nach dem „Krieg gegen den Terror“ kommt

Thomas Gebauer

kommentar

Es gibt Jahrestage, die erfordern ein Innehalten. Der 11. September gehört fraglos dazu. In den fünf Jahren seit den Terroranschlägen auf New York und Washington hat sich die Welt verändert. Schon der Blick in die morgendlichen Zeitungen lässt nichts Gutes erahnen. Allenthalben Meldungen von eskalierender Gewalt und Unsicherheit ausgerechnet dort, wo dem Terrorismus begegnet werden sollte; Nachrichten von einer zum Alltag gewordenen Terrorisierung von Zivilisten, wo einem brutalen Diktator das Handwerk gelegt wurde; Berichte über zunehmende Polarisierung, wo sozialer Ausgleich und gegenseitige Anerkennung notwendig wären.

Afghanistan, Irak, der Nahe Osten - auf breiter Front entpuppt sich der „Krieg gegen den Terror“ als Debakel. Nirgendwo sind seine angekündigten Ziele erreicht worden. Auch zuletzt nicht, als die israelische Armee den Libanon bombardierte und dabei den Gegner, die Hisbollah, sogar noch stärkte. Fünf Jahre einer unter dem Primat militärischer Stärke stehenden Politik haben die Welt nicht sicherer gemacht.

Unmittelbar nach dem 11.9. appellierten europäische NGOs in einem von medico initiierten Offenen Brief an Parlamentarier der NATO-Staaten, zunächst den Ursachen der Gewalt nachzuspüren, statt durch unbedachte militärische Reaktionen nur weiteren Hass und Ignoranz zu schüren. „Kriege sind kein Mittel, das man rasch zur Hand nimmt, um es nach Gebrauch wieder zurückzulegen; Kriege transformieren Gesellschaften tiefgreifend und dauerhaft.“ In bemerkenswerter Allianz verwiesen Friedensforscher, Geheimdienstler und Hilfsorganisationen darauf, dass dem Terror nicht mit Krieg und Ausnahmezustand, sondern nur mit Recht und Gerechtigkeit zu begegnen sei. Frieden und Sicherheit bedürfen politischer, nicht militärischer Eingriffe; Frieden muss von unten wachsen.

Die Beharrlichkeit, mit der allen Warnungen zum Trotz der Krieg geführt worden ist, zeugt von Inkompetenz oder Kalkül. Beides ist gleichermaßen beunruhigend - und in der Konsequenz auch für demokratisch verfasste Gesellschaften verheerend. Denn ein permanenter Kriegszustand, in dem selbst noch Phasen der Ruhe als Ausdruck terroristischer Heimtücke gedeutet werden können, fördert ein Klima allgegenwärtiger Angst. Von jedem Koffer und jedem irgendwie „islamisch“ aussehenden jungen Mann könnte schließlich Gefahr ausgehen. Das Gefühl ständiger Bedrohung, von so manchem Politiker noch kräftig geschürt, schweißt Gesellschaften im Inneren zusammen und schottet sie nach außen ab. Auf bemerkenswerte Weise sind die „Solidargemeinschaften“ des reichen Nordens nicht mehr an sozialer Gerechtigkeit, sondern an Sicherheit orientiert. Wer unter diesen Umständen gar noch an eine globale Friedensdividende erinnert, wie sie mit dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation erhofft wurde, erntet Unverständnis.

Innenpolitisch hat der „Krieg gegen den Terror“ seine Ziele erreicht, schreibt der britische Politologe Richard Jackson. In den USA, aber auch in weiten Teilen Europas ist eine Atmosphäre entstanden, in der – wie in der Periode des kalten Krieges in den 50er Jahren – der Raum für offene Debatten, für die kritische Reflexion des eigenen Handelns und für die Suche nach alternativen Konzepten immer enger wird. Im Windschatten des „Krieges gegen den Terror“ ist das unter Druck geraten, was eigentlich verteidigt werden sollte: die Demokratie.



Propaganda: Die Kriegsschäden im Libanon nutzt die Hisbollah für ihre eigenen plakativen Parolen.
Foto: medico

Angesichts des Chaos, in das die US-Außenpolitik den Nahen und Mittleren Osten gestürzt hat, hat die Parole des „Krieges gegen den Terror“ unterdessen an Überzeugungskraft verloren. Eine neue wurde gefunden, die George W. Bush kürzlich verkündete: „Unsere Nation befindet sich im Kampf gegen islamische Faschisten.“ Auch der Begriff des „Islamofaschismus“ appelliert an Gefühle. „Er soll uns dazu bringen, weniger zu denken und mehr Angst zu haben“, kommentiert die renommierte New Yorker Kolumnistin Katha Pollitt: „Er reduziert die verwirrend komplexen, politischen Realitäten in den muslimischen Ländern auf ein simples Schema: Wir gegen sie.“

Aber wer könnten die „Islamofaschisten“ sein? Die fundamentalistisch-sunnitischen Taliban, die mit der islamischen Atommacht Pakistan in Verbindung stehen und nicht nur in den USA den Feind sehen, sondern schon immer auch in den schiitischen Mullahs des Iran, die wiederum Erzfeind der USA sind? Oder sind es die Schiiten im Irak, die von saddamistischen Gruppen terrorisiert werden, weil sie bereit sind, in einem denkwürdigen Arrangement mit den Besatzern aus den USA den Irak aus dem Chaos herauszuführen? Oder ist es das mit den USA verbündete repressive Regime in Saudi-Arabien, das mit aggressiven Mitteln den Export einer allerdings radikal-orthodoxen Ausprägung des Islam, des Wahhabismus, in alle Welt betreibt? Oder sind die „Faschisten“ am Ende die religiösen Fanatiker, die das Regime in Saudi-Arabien gerade wegen seiner Bindung an die USA mit terroristischen Mitteln bekämpfen?

Die Dinge liegen um einiges komplizierter, als es sich der Präsident im Weißen Haus vorzustellen vermag. Den Begriff des Faschismus aber hat er absichtsvoll gewählt. Er soll auf das nächste Kapitel im „Krieg gegen das Böse“ einstimmen und deutlich machen, dass alles Bemühen um politische Lösungen hilfloses Appeasement ist, das – wie damals im Kampf gegen das Nazi-Regime – notwendig scheitern muss, so Katha Pollitt.

Mehr denn je stehen im Nahen und Mittleren Osten die Zeichen auf Krieg. Unter allen Umständen will die Bush-Administration an der Idee eines von den USA kontrollierten „Greater Middle East“ festhalten. Militärische Auseinandersetzungen, die Leid und Zerstörungen hinterlassen, wie in diesem Sommer im Libanon, seien nur die „Geburtswehen“ für einen neuen Mittleren Osten, erklärte Condoleezza Rice. Und wie das „Baby“ einmal aussehen könnte, das kann schon heute studiert werden: nicht zuletzt im Irak.

Denn im Schatten des Krieges ist das Land am Tigris zu einem der offensten Länder der Welt geworden, zu einem Paradies für ausländische Investoren und Geschäftsleute. Gewinne können jederzeit

Kein Friedensschluss darf Stoff zu einem künftigen Krieg bergen

und ungeschmälert ausgeführt werden, von souveräner irakischer Kontrolle keine Spur. Und damit dem Marktfundamentalismus auch das passende Gesellschaftssystem zur Seite steht, wurde mit der Wiederaufbauhilfe – nicht selten in den technischen Ausführungsbestimmungen versteckt – die notwendige „Software“ gleich mitgeliefert. US-Firmen, wie das Research Triangle Institute, wie Abt Associates, Creative Associates International, Development Alternatives Inc. machten sich an die Reform der Gemeindeverwaltung, lieferten Blaupausen für die Privatisierung des Gesundheitswesens, sorgten für neue schulische Kurrikula und Lehrbücher und dafür, dass auch in den ländlichen Gebieten die Marktökonomie Fuß fassen kann. Einige hundert Milliarden Dollar sind bereits investiert worden, die vor allem der US-Wirtschaft selbst zugute gekommen sind.

Der fortgesetzte „Krieg gegen das Böse“ ist für George W. Bush von gleich doppeltem Nutzen. Er hilft bei der Überwindung politischer Legitimationsdefizite und sichert obendrein der eigenen Klientel einträgliche Geschäfte. Ob in Afghanistan, dem Irak oder im hurrikangeschädigten Louisiana – es sind mit Halliburton oder der Bechtel Group immer dieselben Firmen, die meist ohne Ausschreibung und bei garantierten Gewinnen einträgliche Aufträge zugeschanzt bekommen.

Allein der rasche Profit zählt, nicht aber die Wiedererlangung von Souveränität und soziale Entwicklung. Solches gelingt bekanntlich nur mit den Leuten, nicht aber gegen sie. Die sozialen und politischen Rechte der Menschen in der Region sind dem Konzept des „Greater Middle East“ aber nur von zweitrangiger Bedeutung. Wie groß die Heuchelei des Westens ist, das war in diesem Sommer im Libanon zu lernen. Weil der Krieg offenbar nicht enden darf, wurde selbst noch der schmale Hoffnungsfunkel, der mit dem demokratischen Aufbruch des Libanon verbunden war, einem neuerlichen unsinnigen Waffengang geopfert, der nur eines erreicht hat: eine weitere Stärkung der anti-demokratischen Tendenzen in der Region.

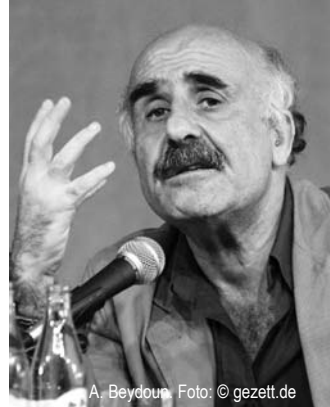
Und schon macht das Wort von den radikalisierten Massen wieder die Runde – und von der Notwendigkeit einer „demographischen Abrüstung“. Ganz so, als läge das Problem der Länder im Mittleren Osten nicht im Mangel an Souveränität, sondern daran, dass über Impfprogramme und Nahrungsmittelhilfen ein „genozidschwangerer Überschuss an jungen Männern“ (Sloterdijk) entstanden sei, die in ihrer Perspektivlosigkeit gar nicht anders könnten, als gewalttätig die eigene Existenz zu sichern.

Wie der Weg zum Frieden tatsächlich zu beschreiten wäre, das wusste schon Immanuel Kant im Jahr 1795, als er mit den „Staatsoberhäuptern, die des Krieges nie satt werden können“ ins Gericht ging. Seine Präliminar- und Definitivartikel „Zum ewigen Frieden“ haben nichts an Aktualität verloren: „Kein Friedensschluss darf Stoff zu einem künftigen Krieg bergen.“ Nicht militärische Auseinandersetzungen „stiften“ Frieden, sondern nur das praktische Bemühen um gesellschaftliche Übereinkünfte, wie sie zum Ausdruck kommen in republikanischen Verfassungen, dem Völkerrecht und schließlich einem Weltbürgerrecht, das dafür Sorge trägt, „dass die Rechtsverletzung an einem Platze der Erde von allen gefühlt wird.“

Ein halsbrecherisches Gleichgewicht

Keiner weiß, wie lange der Nicht-Krieg halten wird
Von Abbas Beydoun

Der Krieg ist vorbei und keiner der Beteiligten fühlt sich in seiner Position wohl. Aus diesem Gefühl, dass nichts von Dauer ist, droht die Gefahr eines neuen Krieges. Israel hat sich noch nicht entschieden, ob die neue Situation reicht oder nicht. Hisbollah will nicht, dass sich die Resolution 1701 als Niederlage entpuppt. Die UNO versucht um jeden Preis, widersprüchlichen Forderungen nachzukommen. Die Amerikaner und Europäer versuchen vergebens, einen Partner zu finden, der bereit ist, die heikle Aufgabe einer Staatsgründung zu übernehmen, mit sicheren Grenzen und einheitlichen Waffen. Viele sind beteiligt an der Verzögerung der Lösung und es bedarf nur eines einzigen Funkens, damit die gefährliche Lage wieder eskaliert. Doch die Demagogie beherrscht weiter den Diskurs: Man versteht sich als verschworene Gemeinschaft, redet von nationaler Einheit, vom einzigen Feind und von dem einen Staat. Nicht ohne Sarkasmus können wir über einige Ergebnisse des Krieges sprechen. Sicherlich diene Israel der Hisbollah, indem es ein perfektes Feindbild ablieferte. Wenn man überhaupt von einer allgemeinen libanesischen Meinung sprechen kann, dann würde sie wohl diesen Gedanken vertreten. Alles was die libanesischen Gesellschaft und den libanesischen Staat ausmachte, hat Israel zerschlagen. Und damit die Basis für Frieden, für Rechtmäßigkeit und Zukunft zerstört. All das stand gegen Kriegsgesellschaft, Kriegskultur und Kriegswirtschaft - diesem Nährboden der Hisbollah.



A. Beydoun, Foto: © gezett.de

Ein Teil der libanesischen Gesellschaft hatte zu manchen Zeiten durchaus Beziehungen zu Israel. Einen Frieden mit Israel oder wenigstens eine kalte Feindschaft befürworteten die meisten Libanesen. Nun teilen alle nur noch das Bild vom brutalen Feind und von der Widerstandskraft der Hisbollah, die ihn zur leichten Beute ihrer Geschosse gemacht habe. Die Erinnerung an diesen Krieg wird eine Weile bleiben, auch wenn jeder ihn schnell vergessen möchte. Aber das Feindbild wird viel länger überdauern. Keiner weiß, welche kulturellen Folgen dieses Bild bewirken wird. Für lange Zeit jedenfalls wird keiner mehr wagen, über den Frieden zu reden.

Natürlich wird über Waffenstillstand gesprochen, den die Hisbollah nach außen hin akzeptiert hat. Aber viele Fragen bleiben: Wird die Hisbollah Widerstand leisten? Wird sie entwapnet oder nicht? Es herrscht weder Krieg noch Frieden. Die Unifil-Truppen sichern die Grenzen, ohne die Region von Hisbollahs Waffen zu befreien. Auf geradezu halsbrecherische Weise suchen diese Fragen nach Gleichgewicht. Wie lange wird das halten? Keiner weiß es.

Abbas Beydoun ist einer der renommiertesten libanesischen Dichter und Essayisten; er leitet das Feuilleton der libanesischen Zeitung „As-Safir“.



Die libanesische Gesellschaft und der Krieg

Nach dem Feuer

Eine Reportage über die materiellen Schäden, die traumatischen Hinterlassenschaften und die Wiederaufbaumühnungen mit und ohne Hisbollah

Der Küstenhighway von Beirut bis zum Litani-Fluss, kurz vor Tyros, ist auch zwei Wochen nach dem vorläufigen „Ende der Feindseligkeiten“ nur abschnittsweise befahrbar. Der dichte Verkehr schlängelt sich noch immer an den zerstörten Brücken vorbei. Der Litani markiert den geographischen Beginn des Dschebel Amil, des südlibanesischen Berglandes. Ich begleite Ali Sroufor in sein Heimatdorf Aita ech Chaab, ganz im Süden, in unmittelbarer Nähe zur israelischen Grenze. Der Student der Arab University in Beirut verlor vor vier Jahren sein linkes Bein, als er in einem Wald nahe seines Elternhauses auf eine versteckte israelische Landmine trat. Dank diszipliniertem Training ist dem jungen Mann die Behinderung kaum anzumerken. Nur ein leichtes Schleifen seines Beines verrät die Prothese unter der Jeans. Die palästinensisch-libanesischen Kulturinitiative ARCPA, ein langjähriger medico-Partner, drehte einen Film über sein Schicksal und die Gefahren der zurückgelassenen 300.000 israelischen Minen in den libanesischen Hügeln entlang der Grenze.

Das wüste Land

Kurz hinter Tyros fahren wir landeinwärts. Hier endete im 12. Jahrhundert mit dem Fall der Festung Beaufort, deren Ruinen noch immer auf einem Bergrücken oberhalb des Litani zu sehen sind, die Herrschaft der Kreuzritter. Von Kilometer zu Kilometer wird das Ausmaß der Verheerungen der vergangenen 34 Kriegstage offensichtlicher. Immer wieder öffnet sich hinter einzelnen Kehren ein bizarres Panorama: Jene Dörfer und Ortschaften, die Israel zur Bestrafung auswählte, sind eingebettet in eine der schönsten und unberührtesten Landschaften des Libanon. Hier ist das Herzland der Hisbollah. Verkohlte Tankstellen, zertrümmerte Häuserzeilen, abgeflämte Flecken auf den Feldern – Spuren abgefeuerter Katjuscha-Raketen. In den Ortschaften ist kaum ein Gebäude unversehrt. Manche Häuserzeilen wirken, als wären sie wie mit einem einzigen Hammerschlag zertrümmert worden. Andere Apartmentblöcke wurden von den Bombardements förmlich gespalten, weggerissene Wände öffnen den Blick in zerstörte Wohnzimmer.



Wiederaneignung: Kaum kündigte sich der Waffenstillstand an, nahmen die libanesischen Flüchtlinge ihre Heimatorte wieder in Besitz. Foto: medico

verschwundenen schiitischen Imams al Sadr und von Ajatollah Khomeini zu sehen. Der libanesischer Journalist Samir Kassir, der im Juni 2005 durch eine Autobombe ermordet wurde, bezeichnete in seinem letzten, soeben auf deutsch erschienenen Buch „Das arabische Unglück“, diese totalitäre Propagandakultur als „Totemisierung des Widerstands“. Auf einer kleinen Straße erreichen wir Aita ech Chaab, den Ort, wo der Krieg seinen Ausgang nahm. Die 8.000 Einwohner zählende Ortschaft liegt in unmittelbarer Nähe zur israelischen Grenze. Am Ortsrand angekommen, deutet Ali auf einen etwa 500 Meter entfernt gelegenen Feldstreifen. „Hier ist es passiert“, sagt er mir. „Am Morgen des 12. Juli haben meine Eltern Gefechtslärm gehört. Kurz darauf flogen Hubschrauber durchs Tal. Später erfuhren wir über den Fernsehsender Al-Manar, dass die Hisbollah zwei israelische Soldaten gefangen und acht weitere getötet hatte.“ Dann begann der Feuersturm. Tag und Nacht wurde das Dorf beschossen. Am Anfang, als die Straßen noch passierbar waren, flohen fast alle nach Tyros, Saida oder Beirut. Später, als die Hubschrauberangriffe auf Flüchtlinge zunahm, wagten sich andere nur noch in die nahe Kirche des christlichen Rmaysh. Sie verdanken dem hilfsbereiten Pfarrer und seiner Gemeinde alles. Nur drei Bewohner des Dorfes kamen in den Kriegstagen ums Leben.

Unmittelbar am Ortsrand der Kleinstadt Kana, in der am 30. Juli bei einem israelischen Luftangriff 28 Zivilisten, unter ihnen Kinder und Jugendliche, ums Leben kamen: Weithin sichtbar ist auf der weißen, von Granatsplintern durchlöcherter Wand eines Wohnhauses mit roter Farbe der Schriftzug „Cluster MK-42“ zu erkennen. Auch die angrenzenden Tabakfelder sind mit rotweißem Plastikband provisorisch abgesperrt. Schilder auf arabisch warnen vor der todbringenden Streumunition, die die israelische Armee offenbar im Umkreis abwarf.

Wo alles anfing Wenige Autominuten hinter Kana beginnen die Anhöhen des bis zu 900 Meter hohen Jabal Aamel, des letzten Gebirgszuges vor der israelischen Grenze. Nur die wenigen Entitäten der christlichen und drusischen Gemeinschaften sind noch intakt. Alle schiitischen Dörfer sind zerstört. An den Ortseingängen wird mit riesigen Plakatwänden der gefallenen „Shahids“, der Märtyrer der „Partei Gottes“ gedacht, die während der Zeit der Besetzung des Südlibanon gegen Israel kämpften. Immer wieder sind überlebensgroße Bilder des Hisbollah-Führers Hassan Nasrallah, des 1978 in Libyen

Verschüttete Erinnerungen Aita ech Chaab muss einmal ein idyllischer Ort gewesen sein. Trotz der massiven Zerstörungen fast aller Häuser, sieht man noch die Überreste von zahlreichen kleinen Obst- und Blumengärten. Überall Schutt, verbogener Baustahl und geborstene Betonplatten. Ein Geruch von Moder, Mörtel und Staub liegt in der Luft. In einer Kuhle gräbt eine alte Frau mit bloßen Händen. Auch ihr Sohn hilft. Beide suchen das Familienalbum, Fotos von Vater und Mutter, den Großeltern. Hundert Meter weiter, wo einmal der Dorfrand gewesen sein muss, liegt ein unförmiger Klumpen Metall, davor

eine Panzerkette. Das Wrack eines israelischen Panzers. Fünf israelische Soldaten sollen hier gestorben sein. Jetzt hängt an dem Wrack die gelbe Fahne der Hisbollah, daneben die libanesische Flagge. Am Himmel ist ein Summen zu vernehmen. Unbemannte israelische Drohnen verfolgen mit Kameras jede Bewegung am Boden.

Am Ende des Areals beginnt eine kleine Böschung. Ali zeigt mir vorsichtig den Weg. Hier und da kleine gelbe und blaue Plastikstücke, wie verschmortes Spielzeug. Bei genauerem Hinschauen erkennt man längsgeriffelte Kugeln, die an kleine Apfelsinen erinnern. Andere haben die Form eines Zylinders, wie eine Taschenlampenbatterie, an dem eine Schlaufe aus einem weichen Material befestigt ist. Ali bedeutet mir, vorsichtig zu sein, er tippt mehrmals mit seiner Hand auf seine Beinprothese. Erst jetzt erkenne ich, dass die harmlos wirkenden Metallstücke hochgefährliche Bomblets sind, freigesetzt von Clusterbomben, die sich in tödliche kleine Sprengkörper verwandelt haben. Jede Berührung kann sie zur Explosion bringen. Bereits drei Kinder wurden verletzt. Ich bekomme ein mulmiges Gefühl und achte genau darauf, in der Fußspur zu bleiben. Nach wenigen Metern kommen wir zu einem Gebüsch. Ein Armeeschlafsack, leere Obstkonserven und eine halbvolle Wasserflasche sind zu sehen. Ich verstehe nicht. Ali reicht mir eine Dose und ich erkenne die hebräische Beschriftung. Ein verlassener israelischer Vorposten. „Bis hierhin sind sie gekommen“, sagt Ali. Dann hätte der „Widerstand“ die Soldaten in die Flucht geschlagen. Woher er das wisse, er sei

doch zu Kriegsbeginn in Beirut gewesen? Ali lächelt. Er holt aus der Hosentasche ein kleines Plakat und faltet es vorsichtig auseinander. Auf ihm sind neun Männer in Kampfanzügen zu sehen, am Bildrand der Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah. Der Märtyrertod, der Gang ins Jen-seits, sei wie das Durchschreiten einer Tür in ein anderes Zimmer, in dem ein angenehmes Klima herrsche, hatte Hassan Nasrallah einmal auf die Frage geantwortet, warum es ihm keine Gewissensnöte bereite, zahllose junge Männer auf „Al-lahs Weg“ zu schicken. Die Neun seien bei der Verteidigung des Dorfes gefallen, erklärt Ali. Normale Leute, einer habe ein Elektrogeschäft betrieben, andere seien in ihrem zivilen Leben Mechaniker oder Bäcker gewesen. Er ist sich sicher, dass alle jetzt im Paradies seien.

Der 57-jährige Hani Sroufour, Geschichtslehrer am Ort und Vater von Ali, steht bekümmert auf der Terrasse seines Hauses und zeigt auf einen Bombentrichter inmitten seines Rosengartens. In der Gartenmauer steckt noch ein Artilleriegeschoss. Auch sein Haus ist fast vollständig zerstört. Das alles, so sagt er nachdenklich, sei doch nur ein „tränenreicher Krieg“ gewesen. „Wir sind die Opfer beider Seiten geworden.“ Warum nur habe Israel einen solchen Krieg geführt, fragt er mit bedächtiger Stimme. Selbst die Vögel würden nicht mehr singen. Der Widerstand hätte sich doch in Tunneln und Höhlen entlang der Berghänge verschanzt, warum seien dann ihre Häuser, Gärten und Felder verwüstet worden. Alle vier Schulen des Dorfes wären ausgebombt. Nein, niemand habe hier gewonnen. Damit



Wo der Krieg begann: Ali Sroufour, deutet auf den Ort, an dem die Hisbollah zwei israelische Soldaten entführte. Foto: medico

widerspricht er der Propaganda vom „Nasr min Allah“ – dem „göttlichen Sieg“, wie die Hisbollah in Anlehnung an den Namen ihres Chefs auf landesweiten Plakaten das Kriegsende feiert. Ein lebenswertes Leben, so der Lehrer, sei doch von zwei Dingen bestimmt: Sicherheit und Frieden. „Wir aber haben beides verloren.“

Sieg im Baukampf?

Bislang sind in Aita ech Chaab weder die libanesische Armee, noch die Unifil-Truppe aufgetaucht. Die israelische Armee patrouilliert weiter nachts durch das Tal. Von den militärischen Einheiten der Hizbullah ist seit Beginn der Waffenruhe nichts mehr zu sehen. Aber auch in Ait ech Schaab hat der „Dschihad al-Binaa“ (Baukampf), die Wiederaufbauorganisation der Gottespartei, ihre Arbeit aufgenommen. Männer mit Funkgeräten dirigieren ankommendes schweres Räumgerät über den Marktplatz. In einem provisorischen Büro werden Schadenslisten erstellt. Mohammed ist Verantwortlicher im Baukampf. Er erzählt, wie die Geldsummen des Wiederaufbaus zusammenkommen. Dass es auch eine iranische Finanzhilfe gegeben hat, bestreitet er nicht. Viel bedeutsamer wäre die Wirtschaftskraft der im Ausland arbeitenden Südlibanesen. „Viele von ihnen werden in den nächsten Wochen mit ihren mitgebrachten DigiCams herkommen und ihre zerstörten Heimatdörfer filmen.“ Die Aufnahmen würden dann für Spendenabende in der schiitischen Diaspora genutzt.

Hilfe von Schwulen und Lesben

Aber nicht nur die Hisbollah ist präsent. Zwischen arabischen Hilfsorganisationen, die Medikamente und Fertiggessen verteilen, laufen zwei junge Frauen umher. Die 22-jährige Raisha arbeitet eigentlich beim medico-Partner ARCPA. Jetzt hat sie sich frei genommen, um mit anderen in Samedoun zu arbeiten. In der unlängst gegründeten Solidaritätsinitiative haben sich Umweltgruppen, undogmatische Linke, Anarchisten, aber auch Aktivisten aus Schwulen- und Lesbengruppen zusammengefunden. Raisha, in einem geblühten Hippiehemd, Jeans und Turnschuhen, versucht die Kinder des Ortes zu einem improvisierten Minenworkshop zusammenzutrommeln. Das

gelingt ihr nur mit Orangensäften und Keksen. Dann aber sitzen ca. 50 Mädchen und Jungen auf Plastikstühlen in der ausgebombten Hochzeithalle des Dorfes und brüllen erregt durcheinander. Kurz zuvor hatte Raisha kleine Flugblätter mit den gängigen Clusterbomben-Typen verteilen lassen. Jetzt will sie wissen, ob die Kinder bereits welche gefunden hätten. Gut die Hälfte von ihnen reckt die Arme. Einige treten vor und deuten auch auf die Abbildung des apfelsinenförmigen Bomblets. Raisha sagt, sie seien von dem Grundwissen der Kinder überrascht worden. „Wir kamen aus Beirut und dachten, wir müssten hier aufklären.“ Aber das Gegenteil sei der Fall. Seit Jahren schon leben die Kinder mit der Gefahr, beim Laufen durch die Felder getötet zu werden. Jetzt aber, wo die Streumunition erneut in Vorgärten zu finden wäre, sei es notwendig, die Erinnerung wieder aufzufrischen. Auf die Hisbollah angesprochen, meint die junge Linke, dass sie deren autoritäre Gesellschaftsideen ablehne. Auch ein schwuler Freund, der hier anpacke, würde seine Ansichten nicht verbergen. Dennoch gehe es jetzt erst einmal darum, den Leuten über die kommenden kalten Wintermonate zu helfen. „Wenn es uns gelingt Vertrauen aufzubauen, dann werden wir auch über politische Fragen streiten.“



Keine Verbeugung an die Hisbollah: Raisha unterstützt Kinder und Jugendliche im Süden. Foto: medico

Kollektiv der Minderheiten

Auch im ca. 50 Kilometer nördlich von der Südgrenze gelegenen Kham hat der Aufbau begonnen. Hier rissen die Luftangriffe tiefe Schneisen in die Wohngebiete. Im Stadtzentrum, gleich neben dem Bürgermeisteramt, wo die Schäden der Anwohner

registriert werden und der Hisbollah-Bürgermeister Überbrückungsgelder auszahlt, steht das medizinische Zentrum des medico-Partners AMEL. Das Gebäude wurde bis zum Jahr 2000 von der israelischen Militärverwaltung als Offizierskasino genutzt, heute beherbergt das Erdgeschoss des hellen zweistöckigen Baus mehrere Behandlungszimmer, eine Röntgeneinrichtung, einen Raum für Physiotherapie. Das obere Stockwerk wurde für Workshops und Weiterbildungen aus-

und überkonfessionell.“ Das sei politisch genug in einem Land, das aus 18 (!) registrierten religiösen Gruppen bestehe, und in der auch die Gesundheitsversorgung nach dem Prinzip der konfessionellen Segregation betrieben werde. „Wir bieten als einzige Gesundheitsorganisation im ganzen Libanon unsere Dienste an.“ Die Arbeit im Süden ist eines der Kerngebiete. Hier wird auch eine agrarwissenschaftliche Beratung angeboten. AMEL gründete sich im 1980 als ambu-



Routiniert im Umgang mit Minen: Workshop mit Kindern im Süden. Foto: medico

gebaut. Zwar zerbarsten am AMEL-Gebäude alle Scheiben und ein Querschläger zerstörte den Röntgenraum, aber dennoch können die Schäden behoben werden. Zwischen den freiwilligen Bauhelfern werden bereits wieder Rezepte ausgestellt und Kranke behandelt. Für Dr. Süleiman, seit sechs Jahren Leiter der Einrichtung, ist die vollständige Wiedereröffnung entscheidend. „Wir sind das einzige noch funktionierende medizinische Zentrum in der Region“, erklärt er. So schnell wie möglich müsse der sichtbare Ausnahmezustand des Krieges überwunden werden, meint der gelernte Rheumatologe. Auch AMEL kümmere sich jetzt um den Wiederaufbau. Vor wenigen Tagen habe man 100 Zisternen angeschafft. Erst später könnte man sich den etwaigen traumatischen Erlebnissen zuwenden, die vor allem die Kinder während der Bombardements durchlebten.

AMEL verbindet seine Arbeit mit keiner offenen politischen Äußerung. „Wir sind nur strikt säkular

lante Notversorgung. Ihre ersten Ambulanzen boten damals, mit finanzieller Unterstützung von medico, medizinische Notversorgung in allen umkämpften konfessionellen Quartieren des blutigen Beirut Häuserkrieges sowie in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila an. „Wir waren da, bevor es die Hisbollah überhaupt gab“, erklärt der AMEL-Vorsitzende Kamel Mohanna, ein ehemaliger linker Studentenfürer im Pariser Mai 68 und späterer Träger des Ordre National de la Légion d'Honneur, die Besonderheit der Organisation. Für ihn ist AMEL auch nach 25 Jahren und mit heute gut 200 Festangestellten und unzähligen Freiwilligen immer noch ein „Phänomen“. Christen, Drusen, Schiiten, Sunniten arbeiteten zusammen. „Wir sind ein Kollektiv von Minderheiten.“ Nach der politischen Zukunft des Landes gefragt, reagiert der Grandseigneur der libanesischen Zivilgesellschaft gelassen. Nein, eine Rückkehr zum Bürgerkrieg werde es nicht geben. Israel sei es nicht gelungen, den Libanon „durch Bomben zu spalten“.

Im Vorhof der Partei

Aber es gibt auch warnende Stimmen. Im Süden Beiruts, im schiitischen Stadtteil Haret Hreik, steht das Eltern- und Arbeitshaus von Lokman Slim, einem Verleger aus einer schiitischen Familie, der zusammen mit seiner Partnerin Monika Borgman die Kulturinitiative UMAM - Documentation and Research betreibt, die seit zwei Jahren auch von medico gefördert wird. Unmittelbar in der Nachbarschaft wohnen hochrangige Funktionäre der Hisbollah. Auch der Fernsehsender Al-Manar ist in der Nähe. Der Stadtteil war von Anbeginn so schweren Luftangriffen ausgesetzt, das sich ein Kolumnist der Tageszeitung As-Safir nach einem Rundgang an Bilder aus der tschetschenischen Stadt Grozny erinnert fühlte. Das Haus von UMAM wurde von einer Fliegerbombe auf ein nahes Apartmenthaus schwer in Mitleidenschaft gezogen. Das Dach wurde abgedeckt, die Türen zersprangen, Granatsplitter rissen faustgroße Löcher in die Außenwände. Der Hangar, ein Ausstellungsraum neben dem Haus, wurde ebenfalls beschädigt. Jetzt gibt dort, im Einverständnis mit UMAM, ein lokaler Scheich Lebensmittel an ausgebombte Viertelbewohner aus. Lokman Slim verurteilt das zerstörerische Ausmaß der israelischen Kriegsführung, doch er schont auch die Hisbollah nicht. Sie habe nicht nur zwei Geiseln genommen, sondern eine dritte dazu: die libanesisch-gesellschaft. Auch das immer wiederkehrende „nationale Gefangenengarnament“ lässt ihn nur bitter lachen. Sicher, es gäbe noch immer drei Gefangene in Israel, aber niemals hätte die Hisbollah auch nur ein Wort über die unzähligen Libanesen verloren, die der syrische Geheimdienst Muhabarat jahrelang nach Damaskus verschleppte. Auch habe in Beirut niemand offen dagegen protestiert, dass Nasrallahs Katjuscha-Raketen während der Kriegswochen 41 israelische Zivilisten, 18 davon israelische Araber, getötet hätten. Für den säkularen Verleger hält das in allen sozialen Bereichen verästelte Wohlfahrts- und Kontrollregime des politischen Islam die schiitische Gesellschaft in einem Zustand der „geistigen Immobilität“ gefangen. Lokman Slim ist in diesen ersten Nachkriegstagen anzumerken, wie er sich vor der möglichen Wiederkehr inner-schiitischer Auseinandersetzungen fürchtet. Zu

Zeiten des Bürgerkriegs Mitte der 1980er Jahre, hatte die aufkommende Hisbollah nicht nur die in Haret Hreik lebenden Christen vertrieben, sondern auch ihre politischen Gegner getötet. His ersten Opfer waren kommunistische Schiiten. Viele von ihnen waren Gefährten Lokmans. Er aber will nicht weichen, auch wenn er jüngst in islamistischen Internetforen als „zionistischer Verräter“ denunziert wurde. Sein Zukunftstraum bleibt ein freier, entkonnessionalisierter Libanon.

Martin Glasenapp

Hilfe für Nahost

Der Nahe Osten - der Libanon, Israel und Palästina - gehört zu den ältesten Projektregionen von medico international. Bereits Anfang der 80er Jahre, nach den Massakern in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila, unterstützten wir die libanesisch-gesundheitsorganisation AMEL bei ihrer Arbeit in den Lagern. Es gibt eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit palästinensischen Gesundheitsorganisationen im Libanon, im Gaza-Streifen und in der Westbank. Hinzugekommen sind in den letzten Jahren immer mehr israelische Organisationen, die den Brückenschlag zu arabischen Partnern suchen - auf medizinischem, aber auch auf kulturellem und politischem Gebiet. Sie alle sind überkonfessionell und stehen in ihrer Arbeit für eine friedliche und demokratische Perspektive dieser leidgeprüften Region. Angesichts der derzeitigen Polarisierung und Gewalteskalation ist das nicht wenig. Wir haben angesichts des Libanon-Krieges und der dramatischen Zuspitzung in Gaza und Westbank eine Übersicht der Aktivitäten unserer Partner angefertigt. Informationen zur Arbeit unserer Kollegen finden Sie im nebenstehenden Bericht, weitere Details unter www.medico.de. Diese Informationen können Sie auch in Papierform bei uns bestellen. Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir im Libanon, aber auch im Gaza-Streifen Nothilfeprogramme auf gesundheitlichem Gebiet durchgeführt. Aus Spenden, aber auch mit Mitteln des Auswärtigen Amtes. Nun bitten wir Sie, die so dringende nötige Friedens- und Demokratiarbeit unserer libanesischen, palästinensischen und israelischen Kollegen, die zugleich ganz praktische Hilfe für den Einzelnen in Not ist, mit Ihrer Spende zu unterstützen. Das Stichwort dafür lautet: **Nahost**.

Mir geht es um die Werte des Judentums

Für eine offene Debatte über die israelische Politik
Ein Interview mit Prof. Dr. Rolf Verleger



interview

In einem Brief an die Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, forderte Prof. Dr. Rolf Verleger, dass das Gremium zur Kenntnis nehmen müsse, dass nicht alle Juden dessen Stellungnahmen zum israelischen Militäreinsatz im Libanon teilen. Heutzutage dächten viele Juden, „man sei ein um so besserer Jude, je entschiedener man für Israels Gewaltpolitik eintritt“, schreibt Rolf Verleger, der ebenfalls Mitglied des Zentralrates ist. Er stellt die Frage: „Ist das noch das gleiche Judentum, dessen Wesen unser einflussreichster Lehrer Hillel so definierte: ‚Was Dir verhasst ist, tu Deinem Nächsten nicht an‘? Ist das noch das gleiche Judentum, als dessen wichtigstes Gebot unser Rabbi Akiba benannte: ‚Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst‘?“ Wenn er dies als das „eigentliche“ Judentum bezeichne, dann würde ihm das keiner mehr glauben „in einer Zeit, in der der jüdische Staat andere Menschen diskriminiert, in Kollektivverantwortung bestraft, gezielte Tötungen ohne Gerichtsverfahren praktiziert, für jeden getöteten Landsmann zehn Libanesen umbringen lässt und ganze Stadtviertel in Schutt und Asche legt.“ Rolf Verleger hat aufgrund seines öffentlichen Auftretens seine Funktion als Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holstein verloren, ist aber nach wie vor Delegierter für den Zentralrat. Er ist Psychologe und Professor für Neurophysiologie an der Universitätsklinik in Lübeck.

Katja Maurer: Herr Verleger, Sie haben in Ihrem Brief an den Zentralrat der Juden eine scharfe Kritik am israelischen Vorgehen im Südlibanon geäußert. Generalsekretär Kramer wies ihre Kritik als „abstrus und Mindermeinung“ zurück. Ist Ihr Versuch, die Tür für eine differenziertere öffentliche Debatte innerhalb der jüdischen Gemeinden zu öffnen, damit gescheitert?

Rolf Verleger: Oh nein, ich war erfolgreich und glaube, dass die Tür für eine Diskussion weiterhin offen ist. Ich habe sehr viele E-Mails erhalten, auch von Juden. Und wir werden gemeinsam versuchen, diese Debatte fortzusetzen. Ich bin optimistisch, dass wir uns weiter bemerkbar machen werden. Die unerwartete öffentliche Aufmerksamkeit, die ich durch mein Schreiben erhalten habe, hat insofern sehr positive Effekte gehabt. Ich habe sehr viele positive Reaktionen von nichtjüdischen Deutschen bekommen. Viele haben meine Äußerungen als Befreiung empfunden. Mir haben Menschen geschrieben, die sich seit Jahren sehr differenziert mit Israel beschäftigen, die Ausstellungen zu jüdischen Themen gemacht haben, die sich beruflich mit Judaistik befassen oder die ein Leben lang mit Israel verbunden waren. Diese Menschen haben ihr tiefes Unbehagen über das Diskussionsklima geäußert, in dem jede kritische Auseinandersetzung mit israelischer Politik in die israelfeindliche, wenn nicht antisemitische Ecke gestellt wird. Mir haben zum Beispiel auch mein früherer Chef und mein früherer Professor geschrieben. Wenn es nach der Mehrheitsmeinung im Zentralrat der Juden ginge, sind das alles verkappte Antisemiten. Wäre das so, müsste ich mich fragen, mit was für Menschen ich mein Leben lang zu tun hatte.

Frau Wieczorek-Zeul werden antiisraelische Reflexe vorgeworfen, wenn sie den israelischen Einsatz von Streubomben im Libanon kritisiert. Bekannte Schriftsteller fordern proisraelische Unterschriftenlisten. Wie erleben Sie die aktuelle Debatte?

Mir geht es primär um die Werte des Judentums. Deshalb sind Juden, die sich gegen die israelische Regierungspolitik wenden, so ungeheuer verbittert darüber, was Israel macht. Diese israelische Politik steht konträr zu dem, was das Judentum eigentlich verkörpert. In wenigen Wochen ist das jüdische Neujahr. Es geht darum, dass das Buch des Lebens für das nächste Jahr neu geschrieben wird. Man muss viel beten, um in das Buch des Lebens im nächsten Jahr aufgenommen zu werden. Der zentrale Satz lautet: Was hilft uns für das neue Leben? Teschuwa u-Tefila u-Zedaka, zu deutsch: Rückkehr zu Gott, beten und Gerechtigkeit. Von Gewalt ist nie die Rede. Es heißt in den „Sprüchen der Väter“, dass die Welt auf drei Dingen aufgebaut ist: Auf der Thora, der Kenntnis Gottes, der Avoda, dem Befolgen seiner Gesetze, und Gmilit Chassadim, dem Erweisen von Wohltaten. Auch dort wird weder Gewalt gepredigt noch ist davon die Rede, das Land seiner Nachbarn erobern zu müssen. Leo Baeck, der führende Reformrabbiner aus Deutschland vor dem Krieg, hat sinngemäß gesagt, dass Israel und die Diaspora zwei Brennpunkte einer Ellipse sein müssten. Ein mir einleuchtendes Bild, das ein Spannungsverhältnis beschreibt, in dem man immer wieder neu zueinanderfinden muss. Das bedeutet vor allen Dingen, dass man die Diaspora und Israel nicht einfach in eins setzen kann.

Ist in der Diaspora das Verhältnis zu Israel zu einem bestimmenden Faktor jüdischer Identität geworden?

Ich fürchte, dass dies sehr stark mit der abnehmenden Religiosität zu tun hat. Auch ich bin ja nicht mehr wirklich religiös. Wie kann man sich als Jude heute noch definieren, wenn man nicht mehr die religiösen Gebote achtet? Die Identifikation mit Israel ist eine naheliegende, aber zu einfache Möglichkeit, dieses Problem für sich zu lösen. Nationalismus war noch nie ein guter Identitätssersatz.

Fürchten Sie nicht, dass Ihre Äußerungen im Sinne antisemitischer Ressentiments instrumentalisiert werden könnten?

Ich habe auch Reaktionen bekommen, die in mir einen solchen Verdacht weckten. Zum Beispiel schickte mir einer eine lange Erklärung, dass er sich nie mehr von den Juden Schuld vorhalten lassen werde. Ich habe darauf geantwortet, ohne mir viel von diesem Austausch zu versprechen. Ich schrieb ihm, dass ich keine Schuld an der israelischen Politik trüge, mich aber dafür schämen würde. Die meisten Deutschen von heute, schrieb ich ihm, trügen ebenfalls keine Schuld an den Untaten der Nazis. Ich erwartete aber von ihnen, dass sie sich dafür schämen. Sollte er das anders sehen, dann würde ich mir jedes Lob von ihm verbeten. Ich dachte, dass bei ihm Hopfen und Malz verloren sei. Aber ich erhielt eine relativ vernünftige Antwort. Mein Eindruck ist, dass manche sich einer Begrifflichkeit bedienen, die sie bei ihren Eltern oder Großeltern gehört haben, weil die Debatte unter dem Deckel gehalten wird. Aber ob sie das, was sie sagen, wirklich so meinen, würde ich in Frage stellen.

Wie erleben Sie das Gespräch mit jungen Menschen?

Mir berichtete ein Lehrer, dass er in einer seiner Klassen auf verlorenem Posten stand, als er versuchte, die israelische Position zu verteidigen. Seine Schüler hatten mit völlig richtigen und nachvollziehbaren Argumenten diese Position als abwegig abgetan.

Fühlen Sie sich angesichts der Reaktionen in Ihren Aussagen bestätigt?

In einem Brief hieß es, dass meine Äußerung der beste Beitrag gegen Antisemitismus gewesen sei. Und genau darum geht es mir. Nur wenn die Öffentlichkeit erlebt, dass auch innerhalb der jüdischen Gemeinden offen und kontrovers diskutiert wird, kann man Ressentiments und antijüdische Klischees abbauen.

Noch beunruhigender als die bloße Gefahr einer Seuche wie der Vogelgrippe ist die Reaktion darauf: die unverzügliche Hortung von Impfstoffen und antiviralen Präparaten, die exklusive Beschäftigung mit dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung einer Handvoll reicher Länder, die gleichzeitig die Produktion der entsprechenden Medikamente monopolisieren. Anders ausgedrückt: Auf die Armen verschwendet man keine Gedanken und schreibt sie schon reflexhaft ab.

Mike Davis, Planet der Slums



Eine Frage des Allgen

Pläd

35.000 Menschen sterben täglich an Krankheiten wie AIDS, Malaria, Tuberkulose, Leishmaniose. Sie sterben an sogenannten vernachlässigten Krankheiten, die Millionen Menschen in den armgehal- tenen Weltregionen plagen. Der Begriff „vernachlässigt“ verhüllt nur schlecht den eigentlichen Skan- dal: An Medikamente, die zur Behandlung solcher Krankheiten nötig wären, ist zum Teil seit Jahr- zehnten nicht geforscht worden. Der Grund offenbart einen einzigartigen Zynismus: Weil diesen Menschen die Kaufkraft fehlt, fehlt auch der Markt, der Forschungsaufwendungen lohnend erschei- nen ließe. Es handelt sich um einen eklatanten Fall unterlassener Hilfeleistung gegenüber Millionen von Menschen. Die dramatischen Folgen aber sind nicht auf die Länder des Südens beschränkt. Weltweit ist die Tuberkulose wieder auf dem Vormarsch. Erst jüngst ist ein TB-Bazillus aufgetaucht, der auf alle bisher existierenden Medikamente resistent reagiert.

Fest steht: Der frühe Tod von jährlich 12 Millionen Menschen wäre vermeidbar, wenn die Staaten und die internationalen Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) endlich zu einem Umdenken bereit wären: Forschung, Entwicklung und Herstellung von überlebenswichtigen Medika- menten sind als ein globales Allgemeingut zu betrachten. Wer hier nur der Privatisierung von Ge- sundheit das Wort redet und auf die Selbstheilungskräfte des Marktes setzt, missachtet in sträfli- cher Weise das Lebensrecht von Menschen.

Die große Camouflage

Das gegenwärtige System zur Forschung und Entwick- lung von unentbehrlichen Arzneimitteln hat versagt. Drei Viertel der alljährlich neu auf dem Markt erscheinenden Medikamente bringen keinen zusätzlichen therapeutischen Nutzen. Lediglich ein Prozent ist armutsbedingten Krankheiten gewidmet. Statt lebensrettende Medikamente gegen die Krankheiten der Armut zu entwickeln, werden Lifestyle-Präparate gegen Haarausfall, Übergewicht und Erektionsstörungen erforscht. Sie haben ein zahlungskräftiges Publikum und versprechen entsprechende Gewinnmargen. Zugleich verhindert ein von der Welthandelsorganisation (WTO) über- wachtes globales Patentrecht die Produktion von preiswerten Arzneimitteln für die Armen. Statt die Innovation im Sinne kranker Menschen zu gewährleisten, ist das Patentrecht zu einer Art Schutz- wall für die Pharmafirmen verkommen, die ohnehin die Marktmacht besitzen.



meinwohls

oyer für eine radikale Wende in der globalen Medikamentenpolitik

Patienten zuerst

Dringend ist ein Umdenken in der globalen Medikamentenpolitik notwendig. Dafür setzt sich medico ein. Unbedingt muss der Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln gewährleistet werden. Wie Schulbücher, Zeitungen und Mittel des Nahverkehrs sind Medikamente Teil einer „sozialen Infrastruktur“, ohne die Gesellschaften nicht funktionieren. Die Prioritätensetzung bei Forschung und Entwicklung ebenso wie die Sicherstellung eines kostengünstigen Zugangs zu lebensnotwendigen Medikamenten ist eine öffentliche Aufgabe. Es gilt, jenseits des Patentrechts Anreize zu schaffen, die Universitäten und Pharmafirmen zur Entwicklung solcher Medikamente veranlassen. Ein international bindender Vertrag sollte die Staaten dazu verpflichten, die notwendigen Mittel bereitzustellen. Ein Schritt auf dem Weg dahin ist ein globaler Rahmenplan für Forschung und Entwicklung, dessen Erarbeitung die WHO auf ihrer Generalversammlung im Mai 2006 auf Initiative von Kenia und Brasilien beschlossen hat. Im Dezember 2006 wird die erste Arbeitsgruppe tagen, um entsprechende Kriterien festzulegen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich im Rahmen dieser Debatte für Arzneimittel als öffentliches Gut einzusetzen. Gemeinsam mit Gesundheitsinitiativen und NGOs aus aller Welt wollen wir dafür sorgen, dass künftig gilt: Nicht Patente, sondern Patienten zuerst.

75 Prozent der Menschen leben in Entwicklungsländern. Doch nur 8 Prozent des weltweiten Pharmaabsatzes entfallen auf sie. Die technischen und finanziellen Voraussetzungen für die Herstellung und den Vertrieb der nötigen Medikamente sind vorhanden. Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir auch in der Praxis deutlich machen, dass ein gerechter Arzneimittelzugang möglich ist. Wir bitten deshalb alle medico-Unterstützerinnen und Unterstützer uns im Ringen um Arzneimittel als öffentliches Gut zur Seite zu stehen und gemeinsam mit uns die verantwortlichen Politiker an ihren verfassungsmäßigen Auftrag zu erinnern, für das Allgemeinwohl zu arbeiten. Zugleich bedarf es der Unterstützung für die Arbeit der Gesundheitsorganisationen und genossenschaftlich organisierten Arzneimittelproduzenten, mit denen wir in vielen Regionen der Erde zusammenarbeiten.

Das Spendenstichwort dafür lautet: **Medikamente für Alle.**

Ghonoshasthaya
Pharmaceuticals
Limited: Lokale
Arzneimittelpro-
duktion bei Savar,
Bangladesh.
Foto: medico



Alternative Wege der Medikamentenversorgung

Die Pillendreher von Dhaka

Wie ein genossenschaftlich organisiertes Gesundheits-Unternehmen preiswerte Arzneimittel produziert und nebenbei mit den Mythen der Pharma-Multis aufräumt.

Golam Mohammad lässt sich nicht so schnell aus der Ruhe bringen: „Kein Problem! Das machen wir.“ Frei von eitler oder gar auftrumpfender Selbstgefälligkeit erläutert er, wie einfach es ist, Arzneimittel herzustellen: „Man braucht ein Rezept, der Rest ist wie beim Kochen.“ Dr. Mohammad weiß, wovon er spricht. Seit Jahren leitet er die Firma „Gonoshasthaya Antibiotic Limited“ (GAL), die in Bangladesh mit großem Erfolg pharmazeutische Wirksubstanzen und Antibiotika produziert. Der Betrieb ist Teil von „Gonoshasthaya Kendra“, die fraglos zu den interessantesten NGOs weltweit zählt. Daran ändert auch der Name nichts, der zwar in unseren Ohren reizvoll klingen mag, im Bengalischen aber schlicht „Volksgesundheitszentrum“ bedeutet.

Wir treffen Dr. Mohammad auf dem weitläufigen Campus von „Gonoshasthaya Kendra“, kurz: GK, das in Savar, unweit der Hauptstadt Dhaka liegt. Die unprätentiöse Art des Pharmakologen spiegelt sich auch in seinem Büro. Nichts von schicker Möblierung oder postmoderner Kunst, wie sie auf den Leitungsetagen einschlägiger Pharma-Multis zu finden ist. Stattdessen die Insignien eines Praktikers: Geräte zur Qualitätskontrolle, Aktenschränke, Schutzkittel und auf dem Schreibtisch ein Stapel abgegriffener Mappen, deren

Deckblätter noch die generischen Namen von Medikamenten, hier und da auch die dazugehörenden chemischen Formeln erkennen lassen: Ciprofloxacin, Nevirapin, Etambutol,

Hinter den mythisch anmutenden Namen stehen Dinge, die für Menschen in vielen Teilen der Welt allerdings von sagenhafter Bedeutung sind. Man weiß, dass es sie gibt, aber kaum jemand hat sie je zu Gesicht bekommen. Glücksgüter eben, die nur wenigen Privilegierten vorbehalten zu sein scheinen. Doch die Namen symbolisieren nicht besondere göttliche Gunst, sondern verweisen auf an sich Alltägliches. Sie stehen für Antibiotika, Arzneimittel gegen HIV/AIDS, Präparate zur Behandlung von Tuberkulose - allesamt Medikamente, die als unentbehrlich gelten, zu denen aber ein Drittel der Weltbevölkerung keinen gesicherten Zugang hat.

Ginge es nach Dr. Mohammad, dann müsste das nicht so sein. „Arzneimittel herzustellen, ist alles andere als eine Geheimwissenschaft. Was man braucht, sind ein paar chemische Rohstoffe und Informationen über die Herstellungsverfahren. Haben wir die, können wir selbst die neuesten Präparate nachbauen. Wir schauen uns die Formel an, überlegen, wie wir einzelne Molekülgruppen zueinanderbringen können, und klären

schließlich, wie die bei der Herstellung auftretenden chemischen Reaktionen zu kontrollieren sind. Aber das ist alles heutzutage lösbar.“

Viele der dringend in der Welt benötigten Arzneimittel sind patentgeschützt. Patente sichern Firmen ein exklusives Vermarktungsrecht und bieten sowohl Anreiz als auch Ausgleich für die meist kostspielige Erforschung und Entwicklung von Medikamenten. Wer Patente für Arzneimittel hält, kann das, was er zuvor womöglich investiert hat, leicht wieder amortisieren und darüber hinaus sehr viel Geld verdienen. Wie andere Monopole auch ermöglichen es Patente, die Preise zu diktieren.

Solche Regelungen wären dann kein Problem, wenn alle, die patentgeschützte Medikamente benötigen, sich diese auch leisten könnten. Bekanntlich ist aber genau das nicht der Fall. Nahezu ein Drittel der Weltbevölkerung muss mit weniger als 2 Dollar am Tag auskommen. Und das, was die ärmsten Länder aus öffentlichen Mitteln für Gesundheit aufwenden können, liegt auch nur bei 10 – 20 Dollar pro Kopf und Jahr. Die Behandlung allein mit Lopinavir/Norvir, einem AIDS-Mittel der zweiten Generation, das der Pharma-Multi Abbott unter dem Markennamen Kaletra® exklusiv anbietet, kostet bis zu 10.000

Dollar pro Patient und Jahr. Solche Relationen sind offenkundig widersinnig – und angesichts der Tatsache, dass 95% der HIV/AIDS-infizierten Menschen in Afrika leben, skandalös. Viele der ärmeren Länder tun sich deshalb schwer, Patente auf Produkte anzuerkennen, die über Leben und Tod entscheiden. Sie verweisen darauf, dass der Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln nicht von der Kaufkraft der Patienten, sondern allein von deren gesundheitlichen Bedürfnissen abhängen darf. Medikamente gehören der Allgemeinheit! Dieser Überzeugung war auch der US-Amerikaner Jonas Salk, der Mitte der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts den ersten Impfstoff gegen Polio entwickelte. „Kann man die Sonne patentieren?“, retournierte Salk das Unverständnis, das ihm damals von Seiten der

Pharma-Industrie entgegenschlug, als er seine Entdeckung freigab.

Die Freigabe des Polio-Impfstoffs wurde zur Erfolgsgeschichte. Überall auf der Welt nahm die Zahl der Polio-Erkrankungen dank umfangreicher Impfprogramme drastisch ab. Auch in Bangladesh, das noch bis Mitte der 80er Jahre zu den Ländern mit dem höchsten Polio-Risiko zählte. Heute gilt die Krankheit in dem Land am Mündungsdelta des Ganges als ausgerottet.

Bangladesh, das Land der Bengalen, ist erst seit 1971 unabhängig. In einem kurzen, aber blutigen Separationskrieg konnte es sich damals von pakistanischer Vorherrschaft befreien. Die gesundheitlichen Fortschritte, die seitdem erzielt wurden, sind auch der Verdienst von Dr. Zafrullah Chowdhury, dem Gründer von GK, der die Organisation noch heute leitet – als „Projects Coordinator“, wie es seine Visitenkarte ausweist.

Dr. Zafrullah ist ein hoch angesehener Mann, ein „national hero“ gewissermaßen. Als junger Arzt verließ er seinen sicheren Arbeitsplatz in England und organisierte den Sanitätsdienst der Befreiungskräfte und die medizinische Versorgung der Flüchtlinge (letzteres übrigens bereits mit Unterstützung von medico). Später beriet er die Regierung bei der Formulierung einer der fortschrittlichsten Arzneimittelgesetzgebungen der Welt.

Mit einer Art „Positivliste“ gelang es, 1.700 gefährlichen und nutzlosen Medikamenten die nationale Zulassung zu entziehen, während gleichzeitig staatliche Förderprogramme die Entwicklung einer eigenen Arzneimittelproduktion vorantreiben und die Unabhängigkeit von den Pharma-Multis erhöhten. Noch heute nutzt Dr. Zafrullah seinen Einfluss, um dem Vormarsch neoliberaler Politik Einhalt zu gebieten. 1992 erhielten GK und Dr. Zafrullah den Right Livelihood Award, den alternativen Nobelpreis.

Und das, was GK seit 1972 aufgebaut hat, lässt sich allerdings sehen. Es entstanden eine Schule für Basisgesundheitsshelfer, eine Universität mit

Die Sonne kann man nicht patentieren - sagte Jonas Salk und gab seinen Polio-Impfstoff frei

medizinischem und biotechnologischem Zweig, mehrere Hospitäler und schließlich Produktionsanlagen für unentbehrliche Arzneimittel und pharmazeutische Wirksubstanzen sowie ein großes Tagungszentrum, in dem im Jahr 2000 die erste alternative Weltgesundheitsversammlung, die People's Health Assembly mit 1.000 Teilnehmern stattfand. GK unterhält ein Krankenversicherungssystem für ca. 8.000 Familien, betreibt Berufsausbildungsprogramme insbesondere für Frauen und sorgt für die medizinische Grundversorgung und Gesundheitsaufklärung in Hunderten von Dörfern. „Wir haben uns darum bemüht, Gesundheit zu entmystifizieren und die Verantwortung für die Gesundheit in die Hände von Dorfgesundheitshelfern zu legen“, sagt Dr. Zafrullah: „So sind nicht nur Jobs entstanden, sondern haben heute auch diejenigen Zugang zu Versorgungsangeboten, die diesen früher nicht hatten.“

Bemerkenswert ist, dass GK neben Zuschüssen von internationalen Hilfsorganisationen die Hälfte seines Budgets selbst erwirtschaftet. Dafür sorgen eigene Unternehmen, beispielsweise eine Kleiderfabrik, eine Druckerei, aber auch die pharmazeutischen Betriebe. Die Hälfte der dort erzielten Gewinne geht in die Sozialprogramme von GK, die andere Hälfte wird re-investiert.

Die pharmazeutischen Produktionsanlagen am Rande der medizinischen Hochschule laufen auf Hochtouren. Hier hat sich nicht der Spleen weltfremder Philanthropen Raum geschaffen, sondern ist ein überaus erfolgreiches soziales Unternehmen entstanden. Die „Gonoshasthaya Antibiotics Limited“ (GAL) gehört zu den wenigen Betrieben Bangladeshs, die überhaupt Wirksubstanzen für Arzneimittel herstellen. Beliefert werden nicht nur die eigene „Gonoshasthaya Pharmaceuticals Limited“ (GPL), sondern auch die anderen Arzneimittelhersteller im Lande sowie staatliche Krankenhäuser.

Nicht ohne Stolz zeigt uns Dr. Mohammad die drei neuen Konverter, die demnächst in Betrieb gehen werden. 20.000 Dollar kostet einer dieser aus China bezogenen Kessel, die allerdings etwas von großformatigen Kochgeräten haben.

Nur, dass nicht Hitze zugeführt werden muss, sondern das Gegenteil: Kälte. Und so sorgt ein weitverzweigtes Kühlsystem für die Kontrolle der in den Konvertern ablaufenden exothermen Reaktionen. Überall stehen Fässer mit Kühlmitteln, längst war der Erweiterungsbau, der nun kurz vor der Fertigstellung steht, überfällig.

Die Nachfrage nach pharmazeutischen Wirksubstanzen ist groß. Auch aus dem Ausland treffen bereits Anfragen ein. Zu den wichtigsten Abnehmern aber zählt fraglos noch immer die gerade ein paar hundert Meter entfernt liegende „Gonoshasthaya Pharmaceuticals Limited“ (GPL), die jene Medikamente produziert, die der



Gesundheit geht aufs Land: Gesundheitshelferinnen bei der Schwangerenversorgung. Foto: medico

WHO als unentbehrlich gelten. Im Gegensatz zu den Anlagen der GAL sind die Produktionskapazitäten der GPL nicht ausgelastet. Dr. Maqsud, der ärztliche Leiter der Arzneimittelproduktion, erklärt uns den Grund: er klingt für eine armes Land wie Bangladesh einfach nur absurd: „Unsere Produkte sind zu billig! Sie kommen gar nicht erst ins Angebot. Denn die Zwischenhändler und die lokalen Apotheker verkaufen lieber teurere Produkte, die ihnen eine größere Verdienstschanne ermöglichen.“

Darf man unter solchen Umständen Werbung für die eigene Sache machen? Die Leute von GK zögern. Aus prinzipiellen Gründen, aber auch um die Erträge, die schließlich den Sozialprogrammen zugute kommen, nicht zu schmälern, verzichtet GPL auf das übliche Marketing. Schon gar nicht bietet GK Ärzten oder Apothekern sogenannte „Incentives“, die zumeist aus kleinen Geschenken bestehen, die die Freundschaft erhal-

ten und die „Produktbindung“ bei den Verschreibern fördern sollen. Andererseits, so Dr. Maqsud, sei natürlich auch nicht viel gewonnen, wenn die eigenen Grundsätze schließlich dem Ziel im Wege stehen, Menschen mit erschwinglichen Arzneimitteln zu versorgen. Angeregt denken wir über alternative Formen eines Marketings nach, das den inhaltlichen Ansprüchen von GK gerecht werden könnte. Wir verabreden den weiteren Austausch, denn auch wir von medico wissen aus eigener Erfahrung um solche Widersprüche.

Ziel ist es, die pharmazeutischen Betriebe von GK „fit“ zu machen für die Zukunft. Denn die Erfolge, die in den zurückliegenden Jahren er-



kämpft werden konnten, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die andere Seite nicht untätig geblieben ist. Auch diejenigen, für die das Herstellen von Arzneimitteln keine soziale Verpflichtung, sondern allein eine lukrative Chance des Geldverdienens ist, haben sich gerüstet. Zug um Zug haben die Multis dafür gesorgt, dass das Bemühen um Gesundheit dem sozialpolitischen Kontext entzogen und auf eine Frage verbesserter Wettbewerbsbedingungen reduziert wurde.

Seit 1996, seit dem Inkrafttreten des Abkommens über den Schutz intellektueller Eigentumsrechte (TRIPS) und besonders seit dem Auslaufen der Übergangsregelungen für die meisten Entwicklungsländer 2005 entscheidet über die Frage des Zugangs zu unentbehrlichen Arzneimitteln nicht mehr die WHO, sondern die WTO, die Welthandelsorganisation. Deren Mitgliedsländer, und das sind nahezu alle, verpflichten sich, 20-jährige Patente auf neue Medikamente anzuerkennen, da-

runter auch jene, die aufgrund der Resistenzentwicklung weltweit dringend benötigt würden. Nur für die Least Developed Countries (LDC), die am wenigsten entwickelten Länder, zu denen Bangladesh zählt, gilt noch eine weitere Übergangszeit bis 2016, in der auch patentgeschützte Präparate für den eigenen Bedarf und den Export an andere LDC kopiert werden dürfen. Die indischen Generikafirmen, die bislang einen großen Teil der Welt mit erschwinglichen Arzneimitteln versorgt haben, können dies seit 2005 für neu auf den Markt kommende Wirkstoffe nicht mehr tun.

„Sicher, wir könnten schon dazu beitragen, das entstandene Vakuum zu füllen“, sagt Dr. Mohamad. „Die Produktion von Wirksubstanzen für afrikanische Länder – das können wir schon machen.“ Überall ist die mit dem Inkrafttreten des TRIPS-Abkommens neu eingetretene Lage ein Thema. Auch die Regierung Bangladeshs ist nicht untätig geblieben. Ohne Parlamentsdebatte, ohne öffentliche Anhörung hat sie 2005 eine neue Arzneimittelpolitik verabschiedet, die das Land für ausländische Firmen öffnet. Die nationale Liste essentieller Arzneimittel wurde auf wenige Präparate zusammengestrichen, das Festpreissystem demontiert und es werden Anreize für die Ansiedelung von Pharma-Multis geschaffen. Für die pharmazeutischen Betriebe von GK könnte es künftig enger werden. Für die Versorgung ärmerer Menschen mit erschwinglichen und unentbehrlichen Arzneimitteln auch.

Thomas Gebauer

Projektstichwort

Gemeinsam mit den Kollegen von GK denken wir darüber nach, wie die Produktion und der Vertrieb sowohl der fertigen Arzneimittel als auch der Wirksubstanzen erhöht und verbessert werden kann. Als ersten konkreten Schritt wird im Oktober Eloan Pinheiro, die ehemalige Leiterin der staatlichen brasilianischen Arzneimittelproduktion und ausgewiesene Expertin in der Produktion und internationalen Vermarktung von HIV/AIDS Präparaten, GK beratend zur Seite stehen.

Wir halten Sie gerne auf dem laufenden und bitten Sie um Ihre Unterstützung unter dem Stichwort: **Medikamente für alle.**

Auf Kosten der Patienten

TRIPS und die Transformation der indischen Generika-Industrie

Von Sudip Chaudhuri

Über 30 Jahre gab es in Indien keinen Patentschutz auf Medikamente. Daraus entwickelt hat sich eine Erfolgsstory für indische Pharmaprodukte, die auch den Patienten zugute kam. Die Preise waren erschwinglich. Nun gilt in Indien das TRIPS-Abkommen und damit der Patentschutz für Medikamente. Das hat einen indischen Pharmaunternehmer zu dem makabren Ausspruch verleitet: „Wir werden diese Veränderung überleben, unsere Patienten aber vielleicht nicht.“

Die indische pharmazeutische Industrie hat eine sehr wichtige Rolle bei der Versorgung der Welt mit qualitativ guten und preiswerten Medikamenten gespielt. Sie exportierte selbst auf den größten und meistregulierten Markt der Welt: in die USA. Bekanntlich sind die Preise für anti-retrovirale Medikamente zur Bekämpfung von HIV/AIDS in dem Moment in den Keller gegangen, als Indien in den Wettbewerb eintrat. Möglich war dies vor allem deshalb, weil Indien den Produkt-Patentschutz für Pharmazeutika bereits 1972 per Gesetz beseitigt hatte. Seit dem 1. Januar 2005, mit dem Inkrafttreten des internationalen Abkommens zum Schutz geistigen Eigentums, des sogenannten TRIPS-Abkommens der Welthandelsorganisation (WTO), gibt es auch in Indien wieder einen solchen Patentschutz.

Die Folge des vorangegangenen Booms war, dass sowohl die Konsumenten als auch die Industrie profitierten, und zwar auf Kosten der Multinationalen Konzerne. Weil es keine Produkt-Patente gab, führte der Wettbewerb zu niedrigen Medikamenten-Preisen und zu hohen Wachstumsraten. Wiewohl die größeren Unternehmen die Hauptnutznießer waren, gab es auch positive Trends bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Jetzt hat sich die Situation verändert. Die indischen Unternehmen können keine Produkte mehr herstellen, die unter die Patente der multinationalen Konzerne fallen. Die Konsumenten sind der Gnade der Preisstrategen in den multinationalen Konzernen ausgeliefert. Wenn nicht entsprechende Zwangslizenzen verhängt und Preiskontrollmechanismen etabliert werden, werden die Preise steigen, das ist schon abzusehen. Man geht davon aus, dass einige technologisch und finanziell schwächere indische Unternehmen nicht die Kraft besitzen, die neue Situation durchzustehen, und deshalb schließen müssen. Verlierer dieser neuen Situation sind die Kunden und die schwächeren Unternehmen. Aber die großen und dynamischeren Betriebe sind geradezu euphorisch über ihre künftigen Wachstumsaussichten und besorgen sich schon Geld für neue Projekte.

Was die Produktion neuer Medikamente anbetrifft, so haben indische Unternehmen eigentlich nur zwei Möglichkeiten. Sie können sie theoretisch mithilfe von Zwangslizenzierungen produzieren oder gemeinsam mit den multinationalen Konzernen neue Medikamente entwickeln, herstellen und vermarkten. Damit verändert sich ihr Verhältnis zu den Multis grundlegend. Waren sie früher Konkurrenten, so sind die meisten indischen Unternehmen heute sehr an der Zusammenarbeit mit den Multis interessiert. Die größeren indischen Unternehmen haben bereits internationale Partner, mit denen sie gemeinsam importierte Produkte vermarkten und die Erforschung und Entwicklung neuer Medikamente betreiben. Dabei werden nicht nur kleine, sondern auch große Unternehmen zu Subunternehmen der Multis werden.

Einige indische Unternehmen setzen große Hoffnungen in die Zusammenarbeit mit den internationalen Konzernen. Letztere werden sicher versuchen, von den niedrigen Kosten und der Infrastruktur Indiens zu profitieren. Bislang jedoch findet „Outsourcing“ an indische Unternehmen nur in bescheidenem Maße statt. Indiens Aussichten hängen also sehr stark davon ab, welche Rolle die Kosten bei der Entscheidung zur Standortverlagerung spielen und wie stark die Opposition in den entwickelten Ländern gegen den damit einhergehenden Arbeitsplatzverlust sein wird.

Die Forschung und Entwicklung neuer Medikamente initiiert zu haben, war eine der herausragenden Verdienste der indischen Generika-Produktion in den vergangenen Jahren. Allerdings sind sie nicht am gesamten Entwicklungsprozess neuer Medikamente beteiligt. Denn in der Regel verfügen sie nicht über alle dafür nötigen Kenntnisse und Finanzmittel. Aus diesem Grund haben indische Unternehmen neue Moleküle entwickelt und ihre Lizenz in einem frühen Stadium der klinischen Entwicklung an die großen internationalen Pharmakonzerne verkauft. Das hat dazu geführt, dass sich auch die indischen Firmen nicht mit den Krankheiten der Dritten Welt, die von den Pharmakonzernen vernachlässigt werden, beschäftigen, sondern auch ihr Augenmerk auf global „profitable“ Krankheiten richten. So wurden bislang noch keine neuen Medikamente in Indien komplett entwickelt. Es gab einige Rückschläge. Man sagt, dass der größte Generika-Produzent, die Firma Ranbaxy, die Erforschung und Entwicklung von neuen Medikamenten ganz eingestellt habe. Andere sind da optimistischer. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden weitestgehend über Gewinne aus dem Generika-Export refinanziert. Der eigentliche Erfolg der pharmazeutischen Industrie aber lag im Export von Generika. Die meisten der Hersteller sind nach wie vor optimistisch. Sie gehen davon aus, dass ein wachsender Export auf die Märkte der reichen Länder sie mehr als entschädigen wird für die Gewinnaussfälle auf dem indischen Markt, die durch die neue Produktpatent-Regelung entstanden sind. In unseren Untersuchungen gehen wir jedoch nicht davon aus, dass die Exportaussichten so hervorragend sein werden, wie angenommen. Der Konkurrenzkampf auf dem Generika-Markt wird immer härter und die Gewinnmargen werden bereits kleiner.



Zu befürchten ist, dass wir einen umgekehrten Prozess wie 1972 erleben werden. Damals hat man die positiven Folgen der Beseitigung von Produktpatenten anfangs auch nicht sofort spüren können. Es hat fast zwei Jahrzehnte gedauert, bis die indischen Generika-Produzenten die Vorteile daraus nutzen konnten und sich auf die bekannte Weise etablierten. Zu fürchten ist, dass auch heute die Folgen des wieder eingeführten Patentschutzes nicht gleich sichtbar werden. In ihrer Euphorie über die vergangene Wachstumsperiode sind die indischen Unternehmen offenbar nicht in der Lage, die negativen Folgen von geringer werdenden Handlungsmöglichkeiten auf dem heimischen Markt zu sehen.

Sudip Chaudhuri ist Wirtschaftsprofessor am indischen Institut für Management in Kalkutta und Autor der Studie: *The WTO and India's Pharmaceuticals Industry: Patent Protection, TRIPS and Developing Countries*, Oxford University Press, 2005.

Niemand muss mehr gemein sein

Slavoj Zizek über die neuen Philanthropen und deren „smarten“ Pragmatismus

Seit dem Jahr 2001 sind Davos und Porto Alegre die Zwillingstädte der Globalisierung: Davos, das exklusive Schweizer Wintersportdomizil, wo sich die globale Elite von Managern, Staatsmännern und Medienprominenz unter massivem Polizeischutz zum Weltwirtschaftsforum trifft und versucht, uns – und sich selbst – davon zu überzeugen, dass das beste Allheilmittel gegen die Folgen der Globalisierung die Globalisierung sei. Porto Alegre, die subtropische brasilianische Stadt, wo sich die Gegeneliten der globalisierungskritischen Bewegung treffen und versuchen, sich selbst – und uns – davon zu überzeugen, dass die kapitalistische Globalisierung nicht unser unausweichliches Schicksal sei. Und dass – wie der offizielle Slogan lautet – „eine andere Welt möglich ist“. Es hat jedoch den Anschein, dass die Treffen von Porto Alegre in den letzten Jahren irgendwie ihren Schwung verloren haben. Wir haben immer weniger davon gehört. Wohin sind die leuchtenden Sterne von Porto Alegre verschwunden?

Einige jedenfalls sind nach Davos weitergezogen! Den Ton von Davos bestimmten zur Zeit überwiegend eine Gruppe von Unternehmern, die sich selbst ironischerweise als „liberale Kommunisten“

Porto Alegre ist überflüssig, stattdessen kann Davos zu Porto Davos werden.

bezeichnen und den Widerspruch zwischen Davos und Porto Alegre nicht mehr länger akzeptieren: Sie behaupten, dass wir den globalen kapitalistischen Kuchen haben können – d.h. erfolgreich zu sein als expandierende Unternehmer – und ihn gleichzeitig essen können; d.h. sich der antikapitalistischen Themen wie gesellschaftlicher Verantwortung, Umweltfragen etc. anzunehmen. Porto Alegre ist überflüssig, stattdessen kann Davos zu Porto Davos werden.

Und wer sind diese liberalen Kommunisten? Die üblichen Verdächtigen: Bill Gates und George Soros, die Vorstandsvorsitzenden von Google, IBM, Intel, eBay sowie ihre Hofphilosophen wie beispielsweise Thomas Friedmann. Sie behaupten, dass die wahren Konservativen von heute nicht von der alten Rechten repräsentiert werden, mit ihrem lächerlichen Glauben an Autorität, Ordnung und beschränkten Patriotismus, sondern auch von der alten Linken mit ihrem Krieg gegen den Kapitalismus: Beide fechten ihre Schattentheaterkämpfe losgelöst von den neuen Realitäten aus. Das Merkmal dieser neuen Realität im Neusprech der liberalen Kommunisten ist „smart“ zu sein – das bedeutet dynamisch und nomadisch und gegen zentralisierte Bürokratie zu sein; an Dialog und Zusammenarbeit zu glauben anstelle von zentralisierter Autorität; an Flexibilität anstelle von Routine; an Kultur und Wissen anstelle von industrieller Produktion; an spontane Bezugnahme aufeinander und Prozesse der Selbsterschaffung und Erneuerung eines Systems (Autopoiesis) anstelle von starren Hierarchien.

Liberalen Kommunisten sind Topmanager, die den Geist des Wettbewerbs wiederbeleben; oder um es andersrum auszudrücken, sie sind subkulturelle Computerfreaks und Streber, die einfach die Leitung großer multinationaler Konzerne übernommen haben. Ihr Dogma ist eine neue, postmoderne Version von Adam Smith` These über die unsichtbar lenkende Hand: Marktwirtschaft und soziale Verantwortung sind keine Gegensätze, sondern sie können zum gegenseitigen Nutzen wiedervereint werden. Wie Thomas Friedmann sagt: Heute muss niemand mehr gemein und widerwärtig sein, um erfolgreich Geschäfte zu machen.

Libérale Kommunisten sind pragmatisch; sie hassen einen doktrinären Ansatz. Es gibt keine ausgebeutete Arbeiterklasse mehr, sondern nur noch konkrete Probleme, die auf eine Lösung warten: Hunger in Afrika, das Leiden der muslimischen Frauen, fundamentalistische, religiös motivierte Gewalt. Wenn in Afrika eine humanitäre Katastrophe stattfindet – und liberale Kommunisten lieben humanitäre Katastrophen – dann laufen sie zur Hochform auf: Anstatt sich in großspuriger antiimperialistischer Rhetorik zu ergehen, sollten wir alle gemeinsam die beste Möglichkeit suchen, um das Problem zu lösen, Menschen, Regierungen und Konzerne in einer gemeinsamen Anstrengung zusammenbringen, die Dinge in Bewegung setzen, anstatt auf die Hilfe eines zentralisierten Staatssystems zu bauen, und die Katastrophe auf eine kreative und unkonventionelle Art und Weise angehen.



Libérale Kommunisten retten die Welt? – Bill Gates, Bono und Toni Blair schreiten im Schweizer Davos zur Tat. Foto: Reuters

Aber vor allem sind liberale Kommunisten die wahren Weltbürger, gute Menschen, die sich kümmern. Sie sorgen sich angesichts von populistischen Fundamentalisten und unverantwortlichen gierigen kapitalistischen Konzernen. Sie sehen die „tieferen Ursachen“ für die Probleme von heute: Massenarmut und Hoffnungslosigkeit, die zu fundamentalistischem Terror führen. Ihr Ziel ist es nicht, Geld zu verdienen, sondern die Welt zu verändern - und dabei, sozusagen als Abfallprodukt, noch mehr Geld zu verdienen. Bill Gates ist heute schon der größte Wohltäter in der Geschichte der Menschheit, der seine Liebe zum Nächsten darin ausdrückt, dass er Hunderte von Millionen Dollar für Bildung, den Kampf gegen Hunger und Malaria etc. ausgibt. Der Haken dabei ist, dass man, bevor man alles weggeben kann, es erst einmal nehmen muss (oder, wie die liberalen Kommunisten es formulieren würden: erschaffen muss). Die Rechtfertigung der liberalen Kommunisten lautet: Um Menschen wirklich zu helfen, muss man über die Mittel dazu verfügen und über Erfahrung. Mit Erfahrung ist gemeint, dass das erbärmliche Versagen aller

zentralistischen, staatsorientierten und kollektiven Ansätze uns lehrt, dass private Initiative bei weitem der effektivste Lösungsansatz ist. Indem man ihre Geschäfte reguliert, sie exzessiv besteuert, unterminiert der Staat das offizielle Ziel seiner eigenen Aktivitäten – das Leben der Mehrheit zu verbessern; denjenigen in Not zu helfen.

Das Ganze ist kein wirklich neues Phänomen. Man muss sich nur an Andrew Carnegie erinnern, der eine private Armee anheuerte, um die organisierte Arbeiterschaft und Gewerkschaften in seinen Stahlwerken zu unterdrücken, und dann große Teile seines Vermögens für Bildung, Kunst und humanitäre Zwecke vergab. Und damit bewies, dass er, obwohl er ein Mann aus Stahl war, ein Herz aus Gold hatte. Auf die gleiche Art und Weise geben die liberalen Kommunisten heute mit der einen Hand aus, was sie sich zuerst mit der anderen genommen haben.

Das ist es, was Personen wie George Soros so abstoßend macht. Denn Soros steht symbolisch für die gewissenloseste Ausbeutung durch finanzielle Spekulation in Kombination mit dem entsprechenden Gegenmittel, der humanitären Sorge über die katastrophalen gesellschaftlichen Konsequenzen der unzugelassenen Marktwirtschaft. Auch die zwei Gesichter des Bill Gates sind exakt wie die zwei Gesichter des George Soros: auf der einen Seite ein grausamer Geschäftsmann, der Wettbewerber zerstört oder übernimmt und nach einem virtuellen Monopol strebt; und auf der anderen Seite ein großer Philanthrop, der immer wieder betont: „Was nützt es, Computer zu besitzen, wenn die Menschen nicht genug zu essen haben?“

Nach der Ethik der liberalen Kommunisten wird dem hemmungslosen Streben nach Profit durch Wohltätigkeit entgegengewirkt: Wohltätigkeit ist Teil des Spiels; eine humanitäre Maske, die die darunterliegende wirtschaftliche Ausbeutung

Nach der Ethik der liberalen Kommunisten wird dem hemmungslosen Streben nach Profit durch Wohltätigkeit entgegengewirkt

verdeckt. Die entwickelten Staaten „helfen“ permanent den unterentwickelten Staaten – bei der AIDS-Behandlung, mit Krediten etc. – und

vermeiden da-durch die entscheidende Frage: nämlich die nach ihrer Komplizenschaft und ihrer Mitverantwortung für die miserable Situation der Dritten Welt. In bezug auf den Widerspruch zwischen „smart“ und „nicht-smart“ ist hier Outsourcing der zentrale Begriff. Man exportiert die (notwendige) hässliche Seite der Produktion – disziplinierte, hierarchisch organisierte Arbeitsabläufe, Umweltverschmutzung etc. – in „nicht so smarte“ Drittweltstandorte (oder in unsichtbare Orte der Ersten Welt). Der ultimative Traum der liberalen Kommunisten ist es, die Arbeiterklasse in unsichtbare Sweatshops der Dritten Welt zu exportieren.

Wir sollten uns daher keine Illusionen machen: Liberale Kommunisten sind der Feind jedes wahrhaftig progressiven Kampfes der Gegenwart. Alle anderen Feinde – religiöse Fundamentalisten und Terroristen, korrupte und ineffektive Staatsbürokratien etc. – sind abhängig von den vor Ort herrschenden Bedingungen. Gerade weil sie all diese sekundären Betriebsunfälle des globalen Systems lösen wollen, sind die liberalen Kommunisten die unmittelbare Verkörperung all dessen, was mit diesem System nicht stimmt. Es mag zwar notwendig sein, taktische Bündnisse mit liberalen Kommunisten einzugehen, um Rassismus, Sexismus und religiösen Obskurantismus zu bekämpfen, aber es ist wichtig, immer genau im Kopf zu haben, was sie vorhaben.

Etienne Balibar unterscheidet in seinem 1997 veröffentlichten Buch „La Crainte des masses“ (Die Furcht der Massen) zwischen den beiden zwar gegensätzlichen, aber komplementären Formen exzessiver Gewalt im heutigen Kapitalismus: der objektiven (strukturellen) Gewalt, die zu den sozialen Bedingungen des globalen Kapitalismus dazugehört – d.h. die quasi automatische Erzeugung von ausgeschlossenen und überflüssigen Individuen, von Obdachlosen bis hin zu Arbeitslosen – und der subjektiven Gewalt der neu entstehenden ethnischen und/oder religiösen bzw. kurz zusammengefasst rassistischen Fundamentalismen. Es mag zwar sein, dass liberale Kommunisten die subjektive Gewalt bekämpfen, aber sie sind de facto die Vertreter der strukturellen Gewalt, die die Bedingungen für die Ausbrüche von subjektiver Gewalt erzeugen. Der gleiche George Soros, der Millionen für Bildungsmaßnahmen gibt, hat die Leben von tausenden Menschen dank seiner Finanzspekulationen ruiniert und dadurch die Bedingungen für den Aufstieg eben jener Intoleranz geschaffen, die er bekämpft.

Slavoj Zizek ist Philosoph und Psychoanalytiker

Übersetzung: Heike Kleffner

Psyche und Krieg Frankfurt/Main, 5. Oktober. Auf der medico-Abendveranstaltung liest der Diplompsychologe David Becker aus seinem Buch „Die Erfindung des Traumas“. Becker, der langjährige Erfahrungen in der Beratung psychosozialer Projekte in Kriegs- und Krisengebieten hat und auch in von medico geförderten Projekten tätig war, fordert ein radikales Umdenken im Umgang mit Traumatisierungsprozessen, die durch gesellschaftliche und politische Veränderungen ausgelöst wurden. Informationen unter: www.medico.de

Im Streit zwischen Markt und Solidarität Nürnberg, 22. - 24. Oktober. Der diesjährige IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ beschäftigt sich mit einem gesundheitspolitischen Thema, das allerdings auch Auswirkungen auf das ethische Selbstverständnis der Mediziner hat: die Ökonomisierung der Gesundheit. Mit dabei auch ein von medico organisierter Workshop, der sich nicht nur mit dem globalen Trend der Merkantilisierung auseinandersetzt, sondern auch Gegenvorschläge präsentieren möchte. Referieren werden dort Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international, und Mike Rowson, Mitautor des alternativen Weltgesundheitsberichts „Global Health Watch“. Weitere Infos unter: www.medizinundgewissen.de

Rohstoffe und Entwicklung Bonn, 6. November. Das Bündnis „Entwicklung hilft“, dem neben medico, Brot für die Welt, die Deutsche Welthungerhilfe, Misereor und terre des hommes angehören, veranstaltet ein Tagesseminar zu den Konfliktursachen in den rohstoffreichen Regionen Afrikas. Partner und Experten aller 5 Organisationen aus Kamerun, Nigeria, DR Kongo, Tschad und Sierra Leone analysieren die Rolle der Rohstoffe in den Konflikten dieser Länder und entwickeln Vorschläge für eine Rohstoffförderung als Motor einer sozialen und demokratischen Entwicklung dieser Länder. Ausführliche Informationen und Anmeldung unter: www.entwicklung-hilft.de

Kritische Kampagnenarbeit 23. - 24. November, Ev. Akademie Bad Boll. Unter dem Titel „Was tun? Kritische Kampagnenarbeit in Zeiten der Globalisierung“ veranstaltet medico international gemeinsam mit der Akademie eine Tagung zu den Handlungsperspektiven kritischer Öffentlichkeitsarbeit, die sich nicht nur als professionelle Kommunikationsstrategie versteht, sondern auch reale Veränderungen durchsetzen will. Es diskutieren Referenten aus drei Kontinenten, Vertreter u.a. von Attac, Greenpeace, „Brot für die Welt“, „Fatal Transactions“ und „Stop EPAs“. Ausführliche Informationen und Anmeldung unter: www.medico.de

Gesundheitsnetzwerke weltweit 1. - 2. Dezember, Berlin Rathaus Schöneberg. Auf dem 12. Kongress „Armut und Gesundheit“ richtet medico international zum dritten Mal vier Workshops rund um das Thema „Gesundheit und Globalisierung“ aus. Dabei werden Möglichkeiten und Grenzen alternativer Gesundheitspolitik und -bewegung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene genauso diskutiert wie an Länderbeispielen aus dem Irak, Bangladesh oder Belgien. Mit dabei u.a.: Wolfgang Wodarg (Berlin), Alexis Benos (Athen), Dr. Salam Ismael (Bagdad), Dr. Mohib Ullah Khondoker, (Dhaka). Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.medico.de

Eine aktuelle Terminliste mit Veranstaltungen, die von medico organisiert werden oder an denen medico-Vertreter teilnehmen, finden Sie unter: www.medico.de

Gegen eine unerbittliche Polarisierung

Jüdische und muslimische Intellektuelle und Künstler wehren sich gegen die Instrumentalisierung ihrer Traditionen

Am 11. August dieses Jahres erschien in der Wochenzeitung „Die Zeit“ der Aufruf „Kein Krieg“, in dem sich jüdische und muslimische Intellektuelle gegen die Instrumentalisierung jüdischer und islamischer Traditionen im gegenwärtigen Großkonflikt im Nahen Osten zur Wehr setzten. Initiiert wurde der Aufruf von ha’atelier – werkstatt für philosophie und kunst, unterstützt unter anderem vom Schriftsteller und Islamwissenschaftler Navid Kermani und medico international. Zur Genese des Aufrufs schreiben seine Initiatoren, Almut Sh. Bruckstein und Sidney Corbett.

Die internationale Berliner Institution *ha’atelier – werkstatt für philosophie und kunst* widmet sich der Zusammenarbeit jüdischer und islamischer Künstler und Intellektueller mit dem Ziel, die Verbundenheit und Verzahnung auch der jüdischen und islamischen Traditionen und Kulturen – insbesondere im säkularen Raum der Wissenschaften und der darstellenden Künste – offenzulegen und neu zu schaffen. In diesem Zusammenhang hat es uns viel bedeutet, dass sich für den Aufruf Intellektuelle und Künstler von Teheran bis Tel Aviv engagierten.

ha’atelier – werkstatt für philosophie und kunst möchte diesen Aufruf dazu nutzen, die in ihm zum Ausdruck kommende kulturpolitische Agenda durch künstlerische und kulturkritische Arbeit zukünftig noch zu vertiefen und damit stärker als bisher ins öffentliche Bewusstsein zu stellen. Inmitten einer immer unerbittlicher polarisierten weltpolitischen Rhetorik, die den sogenannten „Westen“ wie auch den „Islam“ als homogene Größen aufstellt, um diese dann auf unversöhnliche und gewaltsame Weise gegeneinander auszuspielen, scheint es an der Zeit, die durch Konfrontation leer gewordene Mitte mit einem integrativen, international und kosmopolitisch ausgerichteten jüdisch-islamischen Projekt im öffentlichen Raum neu zu bespielen.

In diesem Zusammenhang knüpft die Arbeit von *ha’atelier – werkstatt für philosophie und kunst* an ein internationales wissenschaftliches Projekt an, welches Navid Kermani und Almut Sh. Bruckstein gemeinsam mit der Koranwissenschaftlerin Angelika Neuwirth und mit Unterstützung des diesjährigen Trägers des Friedenspreises des deutschen Buchhandels Wolf Lepenies vom Jahr 2002 bis 2005 am *Wissenschaftskolleg zu Berlin* initiiert und geleitet haben. Im Rahmen dieses großangelegten Projekts unter dem Titel *Jüdische und Islamische Hermeneutik als Kulturkritik* haben Wissenschaftler und Intellektuelle aus den USA, Europa sowie den verschiedensten Ländern des arabischen und islamischen Kulturraums in Berlin, Istanbul, Leiden und anderen Kontexten zusammengearbeitet, um die Berührungspunkte und Nahtlinien ihrer eigenen literarischen und kulturellen Traditionen gemeinsam zu studieren und deren Homogenität in Frage zu stellen. Aus dem fruchtbaren Arbeitszusammenhang dieses internationalen Projekts hat sich ein Netzwerk führender Gelehrter herauskristallisiert, die diesen Aufruf gemeinsam mit Mitgliedern von *ha’atelier – werkstatt für philosophie und kunst* innerhalb weniger Tage emphatisch unterschrieben haben.

Als Künstler und Intellektuelle hoffen wir auf die integrative Kraft unserer literarischen und künstlerischen Arbeiten, dass es uns gelingen möge, die konfrontativen Grenzlinien zwischen dem „Westen“ und dem „Islam“ durch eine öffentliche Neuinszenierung jener kosmopolitischen, enzyklopädischen

künstlerischen und literarischen Traditionen, die unseren jeweiligen Kulturraum über weite Strecken hin wesentlich geprägt und geformt haben, sobald als möglich wieder aufzulösen und Gemeinsamkeiten neu zu knüpfen.

*Almut Sh. Bruckstein, Kulturwissenschaftlerin, Sidney Corbett, Komponist,
ha'atelier – werkstatt für philosophie und kunst
Kontakt: a.bruckstein@ha-atelier.com*

ANZEIGE

Kein Krieg!

Wir, Juden und Muslime, Künstler, Intellektuelle und Weltbürger, verabscheuen die Gewalt, Militarisierung und das Blutvergießen unschuldiger Menschen, das derzeit zwischen Israel und seinen arabischen und muslimischen Nachbarn stattfindet. Wir lassen es nicht zu, dass unsere jeweiligen kulturellen und religiösen Traditionen für einen groß angelegten militärischen Konflikt vereinnahmt werden, der von durchsichtigen geopolitischen und gewirtschaftlichen Interessen bestimmt wird und die westlichen und islamischen Zivilisationen auf zynische Weise uralten Klischees von „gut“ und „böse“ zuordnet. Wer sich die Zeit nimmt und sich unserer Geschichte erinnert, wird wissen, dass islamische, jüdische, christliche und andere Traditionen seit Jahrhunderten aufs Engste miteinander verwoben sind. Inmitten der sich abzeichnenden Katastrophe im Nahen Osten rufen wir zur sofortigen Waffenruhe und zur Weiterführung eines fruchtbaren und von Respekt geprägten Austauschs auf und vertrauen auf sein Gelingen. Wir, die Unterzeichnenden, halten die derzeitige gewalttätige Polarisierung zwischen der so genannten westlichen und der so genannten islamischen Welt für eine Pervertierung unserer jeweiligen Traditionen.

UnterzeichnerInnen:

Prof. Bijan Abdolkarimi, Philosoph, Azad University, Teheran; Prof. Dr. Nasr Abu Zayd, Ibn-Rushd-Lehrstuhl für Humanismus und Islam, University of Utrecht; Sultan Acikguoglu, Student der Islamwissenschaft, Berlin; Amir Hossein Afrassiabi, Dichter und Architekt, Rotterdam; Adonis, poète areligieux, Paris; Dr. Katajun Amirpur, Islamwissenschaftlerin Universität Bonn, Köln; Prof. Mahmoud Ayoub, Religion Department, Temple University, Philadelphia; Shelley Berlowitz, Historikerin, Zürich; Prof. Dr. Almut Sh. Bruckstein, Philosophin, Berlin; Prof. Daniel Boyarin, Taubman-Lehrstuhl für Talmudische Kultur, Universität Berkeley; Hady Chapardar, Kunstkritiker und Satiriker, Teheran; Sidney Corbett, Komponist, Berlin; Mojdeh Daghighi, Journalist und Übersetzer, Teheran; Sigrun Drapatz, Künstlerin, Berlin; Saeid Edalatnejad, Stiftung Encyclopaedia Islamica, Abt. für Recht und Theologie, Teheran; Daniela Fariba Vorburger, Peace Watch Schweiz, Zürich; Nasser Ghiasi, Schriftsteller und Übersetzer, Heidelberg; Rev. Prof. Francis T. Gignac, Catholic University of America, Washington; Ass. Prof. Shai Ginsburg, Duke University, Durham/USA; Prof. Nilufer Gole, Soziologin, Ecole des Hautes Etudes, Paris; Prof. Galit Hasan-Rokem, Direktorin des Instituts für Jüdische Studien der Hebrew University, Dichterin, Jerusalem; Dipl. Ing. Helmut Henseiler, Deutsch-Jordanische Gesellschaft, Buxheim/Deutschland; Prof. Hannan Hever, Hebräische Literatur, Hebrew University, Jerusalem; Dr. Carola Hilfrich, Franz Rosenzweig Institut, Jerusalem; Silvia Horsch, Arabistin und Germanistin, Berlin; Ass. Prof. Qadri Ismail, Literary Studies, University of Minnesota; Prof. Yasemin Karakasoglu, Lehrstuhl für Interkulturelle Pädagogik, Universität Bremen; Dr. Navid Kermani, Schriftsteller und Orientalist, Köln; Dr. Menachem Klein, Politische Wissenschaften, Bar Ilan University, Ramat Gan/Israel; Abdellah Lahrmaid, Sozialwissenschaftler, Rabat/Marokko; Prof. Luis Landa, Ben Gurion University, Beer Sheva; Ishay Landa, Historiker, Braunschweig; Tall Latowicki, Literaturwissenschaftler, Tel-Aviv; Prof. em. Alexander A. Di Lella, Bibelwissenschaften, Catholic University of America, Washington; Brigitte Meyer, Musikerin, St. Gallen/Schweiz; Dr. Ziba Mir-Hosseini, London Middle East Institute, University of London; Flora Mahdavi, Institute for the Study of Muslim Civilisations, The Aga Khan University (International), London; Dr. Mohammad M. Mojahedi, Politikwissenschaftler, Mofid University, Qom/Iran; Prof. Ivan Nagel, Schriftsteller, Berlin; Prof. Susan Neiman, Philosophin, Direktorin des Einstein Forums, Potsdam; Cem Özdemir, MdEP, Berlin/Brüssel; Dr. Hassan Rezaei, Jurist, Max Planck Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg; Meredith Reid Sarkees, Politikwissenschaftlerin, Crystal Lake/USA; Shreen Saroor, Friedensforscherin, Mannar Women Development Forum, Mannar/Sri Lanka; Dr. Malek Sharif, Historiker, Wissenschaftskolleg zu Berlin und Orient-Institut Istanbul; Prof. Christoph Schmidt, Philosoph, Hebrew University Jerusalem; Dr. Yossef Schwartz, Tel Aviv University; Dr. Mohamad Nur Kholis Setiawan, State Islamic University, Yogyakarta/Indonesien; Hilal Sezgin, Schriftstellerin, Frankfurt/Main; Rashid Shaz, Verleger, New Delhi; Farzaneh Taheri, Verleger und Übersetzer, Teheran; Prof. Richard Tapper, School of Oriental and African Studies, University of London; Prof. Abdulkader Tayob, University of Cape Town; Jochi Weil-Goldstein, medico international schweiz, Zürich; Dr. med. Samuel Wiener-Barraud, Stäfa/Schweiz; Clare Wilde, Research Associate, Georgetown University, Washington; Prof. Ebehal Younes, University of Cairo.

Dieser Aufruf erscheint mit Unterstützung der Frankfurter Hilfsorganisation medico international.

Spendeninformation

Adressänderung Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Anschrift auch Ihre alte Adresse und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende Wenn Sie uns eine Spende überweisen und Sie dafür das dem Rundschreiben beiliegende Zahlungsformular verwenden, reicht zur Einreichung bei den Finanzämtern bis einschließlich 100 € in der Regel der Einzahlungsabschnitt und eine Kopie des entsprechenden Kontoauszuges. Für höhere Spenden oder für Spenden, die nicht mit der medico-Zahlkarte überwiesen werden (z.B. durch Electronic Banking), schicken wir Ihnen gerne eine Spendenbescheinigung zu. Dafür bitten wir Sie, im Verwendungszweck Ihren Namen und die vollständige Adresse sowie, falls bekannt, Ihre Spendernummer anzugeben.

Fördermitgliedschaft Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon: Tel. (069) 944 38-11,
Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung: medico international, Spendenkonto
1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

materialliste

Liebe Leserinnen und Leser, wir können Ihnen hier nur eine Auswahl unserer jüngsten Veröffentlichungen präsentieren, eine Gesamtübersicht können Sie bei uns anfordern oder finden Sie auf unserer Homepage. Zum Nachlesen und Weiterverteilen, für die Bildungsarbeit, zum Auslegen im Laden nebenan. Für Nachfragen stehen wir Ihnen unter der Tel. (069) 944 38-0 gerne zur Verfügung.

Übrigens: Unsere Materialien schicken wir Ihnen kostenlos, es sei denn, ein Preis ist vermerkt.



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international, die Ende 2004 gegründet wurde.



Arzneimittelforschung - Plädoyer für eine Wissenschaft im öffentlichen Interesse

(24 S.) In dieser gemeinsam mit der BUKO Pharma-Kampagne herausgegebenen Broschüre können Sie nachlesen, warum wichtige Medikamente

erst gar nicht entwickelt werden, wie Arzneimittelforschung funktioniert und wie diese Forschung enger am wirklichen Bedarf der Menschen ausgerichtet werden kann.

Das Engagement von medico international im Nahen Osten

(4 S.) Der Nahe Osten - Libanon, Israel und Palästina - gehört zu den ältesten Projektregionen von medico international. In einem Überblick stellen wir Ihnen die Arbeit unserer Partnerorganisationen in dieser Region vor.

Kampagnen

Zu allen medico-Kampagnen gibt es eine vielfältige Auswahl von Materialien - Filme, Postkarten, Ausstellungen. Interessiert? Rufen Sie uns an unter Tel. (069) 944 38-27 (Anne Jung).

Jahresbericht 2005



Jahresbericht 2005 incl. Finanzbericht

(28 S.) Der Jahresbericht 2005 liefert Ihnen einen Gesamtüberblick über die medico-Projekte und Projektregionen, beschreibt ausgewählte Schwerpunkte unserer Arbeit, unser Selbstverständnis in Kurzform und unsere Organisationsstruktur. Wesentlicher Bestandteil ist der Finanzbericht mit der Auflistung von Einnahmen, Ausgaben und Rücklagen.

medico Rundschreiben

Nummer 01 | 06: Schwerpunkte: Paul Parin, Libanon, People's Health Movement

Nummer 02 | 06: Schwerpunkte: Symposium "Der Andere als Sicherheitsrisiko", Sri Lanka, Minenkampagne Türkei

Im Inneren der Globalisierung

Psychosoziale Arbeit in Gewaltkontexten

(230 S.) Der medico-Report 26 reflektiert Konzepte und Praxis psychosozialer Arbeit in Gewaltkontexten und die unterschiedlichen Dimensionen von Täter- und Opferrealitäten in Zeiten der Globalisierung. 12 €.

Eine Liste aller Reports schicken wir Ihnen gerne zu.

Ich bestelle:

- Broschüre stiftung medico international
- Broschüre Arzneimittelforschung
- Das Engagement von medico im Nahen Osten
- Report 26 - Im Inneren der Globalisierung (12 €)
- medico Rundschreiben 01|06
- medico Rundschreiben 02|06
- Jahresbericht 2005

Name:

Straße:

Ort:

Meine Spendernummer:

Ich möchte

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versandkosten) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird

Kontonummer:

bei der Bank:

BLZ:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:



medico international e.V.
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
oder faxen an: (069) 436002

Da es nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhand genommenen (engeren oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist, daß die Rechtsverletzung an e i n e m Platz der Erde an a l l e n gefühlt wird: so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine nothwendige Ergänzung des ungeschriebenen Codex, sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt, und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der continuirlichen Annäherung zu befinden, nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf.

Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, Königsberg 1795.